

Ausgabe 3/04

SiO

Sozialarbeit in Oesterreich

Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik

Titel:

www.sozialstaat.at



Editorial

„Der Sozialstaat ist eine wesentliche Voraussetzung für individuelle Freiheit und Sicherheit, für Demokratie und sozialen Ausgleich. Der Beitrag des Sozialstaates zur Sicherung der Teilhabechancen ist unverzichtbar, da diese Sicherung weder allein durch den Markt noch durch die Familie leistbar ist“, analysiert Professor Dr. Emmerich Talos, Mitinitiator des „Sozialstaat-Volksbegehrens“. Diese „Teilhabechance“ wird allerdings immer geringer und die derzeitige Stimmungslage in Bezug auf den Sozialstaat lässt nichts Gutes ahnen.

11 Prozent¹ der Bevölkerung in Österreich sind armutsgefährdet, 340.000 Menschen in Österreich sind akut von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Die größte Armutsgefahr besteht für Langzeitarbeitslose, MigrantInnen, kinderreiche Familien, AlleinerzieherInnen etc., also dem klassischen Klientel der Sozialarbeit. Auch wenn es die derzeitigen Verantwortungsträger in der Politik nicht gerne hören wollen, der Sozialstaat beginnt zu bröckeln. Mit dem Totschlagargument des Sparzwanges erwischt man die ÖsterreicherInnen genau an ihrem empfindlichen Punkt. Die neoliberalen Vorstellungen der aktuellen Bundesregierung, der einhergehende „massive Sozialabbau“ führen zu einem „Minimumsozialstaat“ (Talos), der offenbar angepeilt wird. Andererseits zählt Österreich zu den reichsten Ländern der Welt, das Privatvermögen der ÖsterreicherInnen beträgt 8.000 Milliarden €. Die österreichische Armutskonferenz verlangt ob dieser Zahlen eine „gerechte Umverteilung“. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten versucht, einen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik zu leisten, wobei wir es dieses Mal absichtlich verabsäumt haben, jene ausreichend zu Wort kommen zu lassen, die den Sozialstaat nicht in Gefahr sehen, weil deren Plattform ohnedies übermäßig breit geworden ist.

165.600 KollegInnen in 35 Mitgliedsländern sind am **9. November 2004** aufgerufen, anlässlich des „Social Work Action Day (SWAD)“ der Europäischen Region der „International Federation of Social Work Action Day (IFSW)“ sich lautstark zu Wort zu melden. Mit dem OBDS-Vorsitzenden Herbert Paulischin hat ein österreichischer Kollege die Koordination für den IFSW übernommen.

Die nächste SIÖ wird sich schwerpunktmäßig mit der OBDS Bundestagung 2004 in Salzburg beschäftigen: „Sozialarbeit zwischen Berufsschutz & Wettbewerb“.

¹ Zahlen der Armutskonferenz; Leseheft „Privatvermögen in Österreich“

Roland Fürst

Impressum

Sozialarbeit in Oesterreich (SIO)

Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966
Erscheinungsort 1060 Wien, Verlagspostamt 7210 Mattersburg,
Auflage: 3.500 Stück,
Druck u. Versand Fa. Wograndl Bernd, Neubaugasse 14, 7210 Mattersburg

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger

Oesterreichischer Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen (OBDS),
A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.sozialarbeit.at

Redaktion:

DSA Roland Fürst, DSA Gabriele Hardwiger-Bartz, DSA Mag. Rudi Rögner,
DSA Danila Neuwirth, DSA Manfred Tauchner,
E-mail: redaktion@sozialarbeit.at

Gestaltung: Thomas Reiner, Bad Sauerbrunn
E-mail: thomas.reiner@aon.at

Sekretariat, Anzeigen, Abonnenten-Service

Sozialarbeit in Oesterreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14,
Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56-11; Fax: 01/587 46 56-10;
Mo-Fr 9-13 Uhr,

E-Mail: sekretariat@sozialarbeit.at. Anzeigen können auch auf unserer
Homepage veröffentlicht werden. Wir senden gerne die aktuelle
Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements

SIO erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 5,70; Jahresabonnement € 18,17 (zzgl.
Versand). Abbestellungen bis drei Monate vor Jahresende. Das Abo ist für
Mitglieder einer Landesgruppe des OBDS kostenlos.

Information

Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber vor,
diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Beilagen

AGB-Ausbildungsinstitut für Gruppe und Bildung
Constanze-Zoff-Bildungsort für Soziale Arbeit
OBDS Bundestagung 2004

Standards	Titel	Themen	News
Editorial Seite 2	Sozialstaat ade? Dr. Tom Schmid Seite 8-9	Controlling & Tagsatzpolitik für Einrichtungen im Sozialbereich Robert Soratroi Seite 28-29	Veranstaltungen - Termine Seite 5
Impressum Seite 2	Gesundheitsarbeit in Sozialen Diensten Dr. Heiko Waller Seite 10-12	CIF - Intern. Studienprogramme für SozialarbeiterInnen DSA Gabi Kronberger Seite 29-30	Bücher Seite 32-33
OBDS-Aktuell Seite 4	Sozialstaat gegen Neoliberalismus Dr. Ernst Berger Seite 13-15	SozialinfoEuropa.net - ein Netzwerk mit Zukunft DSA Christine Petioky Seite 31	
Magazin Seite 6-7	Der Sozialstaat - Auslaufmodell oder Zukunftschance Brigitte Kratzwald Seite 16-18	Bundesweiter Sozialhilfe-Richtsatz von 653,- Euro? DSA Rudi Rögner Seite 34	
	Die Sozialdiskussion oder die absurde Diskussion darüber, wie man den Bock zum Gärtner macht DSA Reinhard Hörl Seite 19-21	look.social@fh - Die FH St. Pölten aus studentischer Sicht Peter Helmut Boden Ralf Eric Kluschatzka Doris Lindener Martina Meusburger Siegfried Wieland Seite 35	
	Interview mit ÖVP-Sozialsprecher Tancsits Seite 22		
	Interview mit SPÖ-Sozialsprecherin Silhavy Seite 23		
	Interview mit Grünen-Sozialsprecher Öllinger Seite 24		
	Interview mit FPÖ-Sozialsprecher Dolinschek Seite 25		
	Austro-Liberalismus - das Ende des Sozialstaats DSA Erich Fenninger Seite 26-27		

“A little less conversation – A LITTLE MORE ACTION PLEASE!”

Insbesondere den 165.600 SozialarbeiterInnen in den 35 Mitgliedsländern gilt diese Aufforderung des King of Rock'n Roll für den SOCIAL WORK ACTION DAY der Europäischen Region der International Federation of Social Workers (IFSW) am 9. November 2004.

DSA Manfred Tauchner

Europaweit konzertierte Aktionen im öffentlichen Raum sollen das Thema des diesjährigen Social Work Action Day (SWAD) **“Gewalt und Menschenhandel – SozialarbeiterInnen gegen Ausbeutung”** ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken und einmal mehr aufzeigen: Sozialarbeit verschafft den Betroffenen Gehör!

Zweitausenddreie ist längst vorbei - Zweitausendvier ist hier!

Noch brüten offenbar die meisten der 35 nationalen Organisationen über ihren Aktionsplänen für den SWAD am 9. November 2004. Wer nämlich dieser Tage über die Websites der Mitglieder der European Region des IFSW surft, stößt nur vereinzelt auf allzu knappe Hinweise zum bevorstehenden Ereignis. Häufiger noch finden sich Einträge zum erfolgreichen Social Work Action Day des Jahres 2003, anlässlich dessen in 24 Mitgliedsländern Pressekonferenzen, Fachtagungen, Projektpräsentationen und direkter Austausch mit SozialpolitikerInnen zum Thema „Behinderung, Menschenrechte und Soziale Arbeit“ organisiert wurden.

Wenn es nach dem Zeitplan der IFSW Europe geht, sollen interessierte KollegInnen ab Oktober 2004 die Web-Links zum Social Work Action Day 2004 (derzeit verfügbar: <http://www.ifsw.org/Info/1.1.info.html> und <http://www.ifsw.org/Info/swad2004.pdf>) auf den Homepages der nationalen Organisationen bzw. deren Landesgruppen ansteuern können und flächendeckend zu Aktionen ermuntert werden.

Aus dem Schatten der Großen treten?

Das Thema **“Violence & Trafficking – Social Workers against Exploitation”** des Europäischen

SWAD 2004 steht – SiÖ berichtete in der letzten Ausgabe - in enger inhaltlicher Verbindung mit dem von den Vereinten Nationen für 2004 ausgerufenen „International Year to Commemorate the Struggle against Slavery and its Abolition“.

Die IFSW beabsichtigt jedoch, in naher Zukunft selbst lautstark als Global Player aufzutreten und einen weltweiten Aktionstag der Sozialarbeit ins Leben zu rufen. Bei der IFSW World Conference 2004 – vom 2. bis 5. Oktober in Adelaide/Australien – werden die Delegierten auch über geeignete Termine für einen weltweiten „Feiertag“ der Sozialarbeit diskutieren.

Darunter sind einige geschichtsträchtige Daten, - wie etwa der 9. August, an dem im Jahr 1956 die „moderne“ IFSW in München gegründet wurde. Aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums kehrt der internationale Kongress der Sozialarbeit übrigens im Jahr 2006 zu seiner „Wiege an der Isar“ zurück.

... and The Nominees Are:

Die Tagungsunterlagen für Adelaide nennen die vom Executive Committee des IFSW präferierten Optionen für diesen „Global Social Work Action Day of the Future“.

In der engeren Auswahl steht der jährlich im März oder April an der UN-New-York Niederlassung des IFSW als halbtägiges Seminar zelebrierte, informelle „UN Social Work Day“. Für dieses Datum spricht vor allem, dass dieser Termin wohl einen prominenten Platz im Kalender der Vereinten Nationen finden könnte.

Ein heißer Favorit ist aber auch der (jeweils am 2. Dienstag im November stattfindende) Europäische Aktionstag der Sozialarbeit:

Dem Europäischen SWAD eilt zum einen die Fama großer Öffentlichkeitswirksamkeit voraus – zum anderen verleiht der Umstand, dass die europäischen Mitgliedsorganisationen 40% des IFSW umfassen, den Argumenten seiner Befürworter zusätzliches Gewicht.

Dann sind wir Helden – für einen Tag

Daumendrücken für den „Eurotermin“ bei der Weltkonferenz in Adelaide – gut und schön. Aber **ACTION!** Am Europäischen Tag der Sozialarbeit am 9. November 2004 zählt: „Alles andere ist primär“, – darf ich an dieser Stelle einen Helden von Cordoba 1978 zitieren.

Den SWAD 2004 zu einem national und international erfolgreichen Event zu machen, liegt auch und – mit DSA Herbert PAULSCHIN vom Österreichischen Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen (ÖBDS) als Koordinator der IFSW Planungsgruppe für dieses internationale Ereignis möchte man sagen - *vor allem an uns SozialarbeiterInnen in Österreich.*

Machen wir unser Engagement deutlich - Beiträge und Ideen für die Gestaltung des Social Work Action Day an herbert.paulschin@liwest.at



DSA Manfred Tauchner, seit 1995 bei Verein Neustart, internationale Beziehungen durch div. Aktivitäten. Mediator.

Veranstaltungen – Termine

Wien

Seminar

Wenn in der Beratung Gewalt zum Thema wird

16.10.2004; Wien, Institut für Ehe und Familie

Veranstalter: Institut für Ehe und Familie

1010 Wien, Spiegelgasse 3; 01/51552/3668

Fachtag Caritas

Zwischen seelisch belastet und psychisch krank –

Pfarrcaritas – Arbeit mit Menschen in Krisensituationen.

16.10.2004, Wien, Albrechtskreithgasse 19-21

Veranstalter: Vikariat Wien-Stadt

1010 Wien Stephansplatz 6 Stiege II Zimmer 23;

01/51552/3678

Niederösterreich

Seminar

Häusliche Gewalt gegen Frauen und deren gesundheitliche Auswirkungen

05.-06.10.2004, Amstetten, Frauentreffpunkt Mostviertel,

Veranstalter: Frauentreffpunkt Mostviertel

3300 Amstetten, Wiener Straße 47/1; 0742/63297

Oberösterreich

Seminar

„Wenn alles grau ist“ – Über den Umgang mit depressiven Symptomen in der Beratung

07.10.-08.10.2004, Vöcklabruck, Seminar-Hotel Auerhahn

Veranstalter: Frauen &

Familienberatung/Kinderschutzzentrum

4880 Vöcklabruck, Brucknerstraße 27; 0767/227775

Seminar

Hilfreicher oder hilfloser Helfer?

18.-19.11.2004, Linz-Urfahr, Petrinumstraße 12 / 3. Stock

Veranstalter: Constanze Zoff - Bildungsort für soziale Arbeit

www.bildungsort.at; 0732/77 89 72

Psychosoziale Beratung von Kindern, Jugendlichen und dem sozialen Umfeld

25.-26.11.2004, Kirchsschlag 48, Kirchsclagerhof

Veranstalter: Pro Mente OÖ

www.bildungsinstitut.at; 070/ 608899/0

Zertifikatslehrgang

Leiten und Führen in sozialen Organisationen

14.01.-11.2005, Linz-Urfahr, Petrinumstraße 12 / 3. Stock

Veranstalter: Constanze Zoff - Bildungsort für soziale Arbeit

www.bildungsort.at; 0732/77 89 72

Mut tut gut!

Die Kraft der eigenen Grenzen spüren und vermitteln

2.-3.12.2004, 10.1.2005, Linz, CHOICE-Seminarraum

Veranstalter: Gesellschaft für Frauen und Qualifikation MBH

www.VFQ.at; 0732/658759225

Ein körperorientiertes Seminar zur Burn Out Prävention

Helfen macht müde – was macht wieder munter?

19.-21.01.2005, Mattmach bei Ried, Seminarzentrum Hobsleder

Veranstalter: Pro Mente OÖ

www.bildungsinstitut.at; 070/ 608899/0

Salzburg

Social Work in Progress. Soziale Arbeit zwischen Berufsschutz und Wettbewerb

Bundestagung 2004 des OBDS

18.- 20. 10.2004, Salzburg, Brunauer-Zentrum, Elisabethstraße 45a

Veranstalter: obds

www.sozialarbeit.at; 0662/454265

Seminar

3. Forum Frieden und Gewaltfreiheit

22.10.-23.10.2004, Salzburg, Friedensbüro Salzburg

Veranstalter: Friedensbüro Salzburg

5020 Salzburg, Platzl 3; 0662/873931

Fachtagung

Sozialarbeit im Gesundheitswesen

15.-16.11.2004, Salzburg

Veranstalter: DSA Richard Köppl

www.mein-Supervisor.at; 0662/626723

2.Regionale Salzburger Armutskonferenz

Nichts über uns ohne uns

29.-30.11.2004, St. Virgil

Veranstalter: Büro d. Salzburger Armutskonferenz

www.salzburger-armutskonferenz.at; 0662/849373/227

Tirol

Sozialinformatik

6.-7.12.2004, 6911, Veranstaltungszentrum Schloss Hofen

Veranstalter: Schloss Hofen "Soziale Arbeit – Beratung"

sozialberatung@schlosshofen.at; 05574/43046/75

International

Kongressmesse

Consozail

20.-21.10.2004, Deutschland, Nürnberg

Veranstalter: Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und

Sozialordnung Familie und Frauen

www.consozial.de; 09128/ 502601

Anwendungsorientierte Forschung in der Sozialen Arbeit

5.11.2004, Schweiz, Bern

Veranstalter: Verein zur Förderung der sozialen Arbeit als aka-

demische Disziplin

veranstaltungen@vesad.ch; 02642/ 42458

DHS-Fachkonferenz zur Suchtprävention

8.-10.11.2004, Deutschland, Bielefeld

Veranstalter: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen

www.dhs.de, 02381/9015/0

20. Bundesweites StreetworkerInnen-Treffen

20. – 24.06.2005, Deutschland, Gelnhausen, bei Frankfurt/M

Veranstalter: Burckhardthaus, www.burckhardthaus.de,

info@burckhardthaus.de, 0049/6051/890

Magazin

Bewährungshilfe startet Spendenkampagne

Im Zuge der Kampagne von Neustart, die seit August läuft, wird nun auch zum Spenden aufgerufen. Die Kampagne (Slogan: "Gewalt zerstört dein Leben. Egal, auf welcher Seite du stehst") soll das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Arbeit des Vereins schärfen und die Bevölkerung zum Spenden animieren. Zum Einsatz an Schulen wurde gemeinsam mit dem ORF-Journalisten Christoph Feuerstein ein halbstündiger Film über die Arbeit des Vereins gedreht.

Laut Geschäftsführer Wolfgang Hermann und Justizministerin Miklantsch kürzt der Bund keine Finanzmittel für die Bewährungshilfe. Über die Spenden sollen neue Projekte wie beispielsweise die Opferhilfe finanziert werden: "Das Justizministerium kann nicht alles abdecken, was hier an Leistungsangebot vorliegt", so Miklantsch in der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Geschäftsführer.

Neustart betreut mit 627 haupt- und rund 700 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen etwa 32.000 KlientInnen. Durchgeführt werden unter anderem Bewährungshilfe (sieben Prozent der Haftentlassenen bekommen einen Bewährungshelfer zur Seite gestellt), freiwillige Haftentlassenen-Betreuung, Wohnbetreuung, Außergerichtlicher Tatausgleich und Verbrechensopferhilfe. Finanziert wird Neustart zu knapp 90 Prozent vom Bund, den Rest tragen Länder, Gemeinden, Arbeitsmarktservice und EU.

Quelle: www.neustart.at; www.derstandard.at

„Mensch ist Sinn und Zweck des Wirtschaftens“ - 2. Austrian Social Forum in Linz

Von 4.-6. Juni fand in Linz das 2. ASF statt. Das ASF versteht sich als nationale Fortsetzung des jährlichen World Social Forum in Porto Alegre und des European Social Forum in Paris. Es stellt ein offenes Forum der Zivilgesellschaft für Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, das

gegen die neoliberale Globalisierung eintritt, dar.

Etwa 2000 GlobalisierungskritikerInnen aus Gewerkschaften, NGOs und religiösen Vereinigungen haben drei Tage lang Erfahrungen ausgetauscht, über Strategien debattiert und sich aktiv vernetzt: "Nicht der kleinste gemeinsame Nenner ist unser Ziel, sondern das größte gemeinsame Vielfache". Der Hauptzweck war, konkrete Alternativen zur neoliberalen Globalisierung zu finden und soziale Bewegungen zu vernetzen. In rund 250 Gesprächsforen wurde unter anderem über Frieden und Solidarität, soziale Gerechtigkeit und faire Wirtschaftsbeziehungen diskutiert. Unter dem Motto „Genug für alle“ fand eine Steuereintreibungsdemonstration mit dem Ziel, Privilegien abzuschaffen, statt.

Quelle: www.derstandard.at

Neues Asylsystem in Österreich

Seit Jänner 2004 gelten in Österreich neue asylrechtliche Regelungen. Asylkoordination Österreich, eine ARGE mehrerer Flüchtlingshilfsorganisationen, geht mit der gegenwärtigen Entwicklung hart ins Gericht. Wichtige Kritikpunkte sind: Das österreichische Asylverfahren wurde laut Asylkoordination Österreich verpolizeilicht: Flüchtlinge, die sich an Polizei/Gendarmerie wenden oder von diesen aufgegriffen werden, werden fest genommen und der Erstaufnahmestelle Traiskirchen vorgeführt. Auch dort treffen die Flüchtlinge auf uniformierte und bewaffnete Sicherheitsorgane, die dann die erkennungsdienstliche Behandlung durchführen. Zudem finden auch systematische Gepäckdurchsuchungen statt, die eigentlich nur bei Verdacht auf unterdrückte Dokumente erfolgen sollten. Die RechtsberaterInnen sind - abgesehen von einigen MitarbeiterInnen von NGOs - unerfahrene JuristInnen. Außerdem fehlt ihnen bisher die notwendige Ausstattung, um ausreichend recherchieren zu können. Es mangelt auch die klare organisatorische Trennung zwischen unabhän-

giger Rechtsberatung und Behörde: Für AsylwerberInnen scheint Einvernahme und Rechtsberatung als ein Ablauf, vor allem weil bei beiden der selbe Dolmetsch eingesetzt wird. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass von Seiten des Dolmetschers/der Dolmetscherin Informationen aus einem Beratungsgespräch auch in die Einvernahme bei der Behörde einfließen. Das Dubliner Übereinkommen (Übereinkommen über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrages), das wird nun auch auf EU-Mitgliedsstaaten angewandt. Mittlerweile fanden die ersten Zurückschiebungen in die Slowakei statt, obwohl die AsylwerberInnen Berufung eingelegt hatten. Etlichen AsylwerberInnen, die aus anderen EU-Staaten aufgrund des Dubliner Übereinkommens nach Österreich geschoben werden, wird kein Betreuungsquartier zugewiesen und sie stehen auf der Straße. Ohne Meldeadresse ist jedoch keine Grundlage für ein faires Asylverfahren gegeben. Die Behörden stellen das Verfahren entweder ein oder hängen die Entscheidung im Bundesasylamt aus. Dies führt häufig zur Versäumnis von Berufungsfristen.

Quelle: asyl.aktuell.at 2/2004

Chaotischer Start der Grundversorgung

Seit 1. Mai 2004 sollte es keine obdachlosen Flüchtlinge, keine überfüllten Massenquartiere, keine gemeinsame Arbeit von Behörden und NGOs an Betreuungsstandards geben. Nach einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sollten nun AsylwerberInnen und andere mittellose Fremde im Rahmen der Grundversorgung flächendeckend versorgt werden. Jedoch scheint das Chaos schlimmer als vorher: Traiskirchen beherbergt wieder 1600 Flüchtlinge, in Talham tobt eine Kampagne gegen Flüchtlinge im Erstaufnahmezentrum und bundesweit fehlen nach wie vor 3000 Quar-

tiere. Viele Details der Grundversorgungsvereinbarung wie beispielsweise das Verhältnis zu den Sozialhilfegesetzen der Länder sind noch nicht überall geregelt, kritisiert die Asylkoordination Österreich. Der Wiener Gesetzesentwurf enthält eine klare Schlechterstellung von bereits anerkannten Flüchtlingen: Sie sollen künftig erst nach einer Frist von vier Monaten Sozialhilfe bekommen. Auch für die Krankenversicherung fehlen die Konzepte. Bisher wurden AsylwerberInnen, die sich in Bundesbetreuung befanden, bei den Gebietskrankenkassen versichert. Sie wurden nun abgemeldet, ohne dass eine Neuanmeldung durch die Koordinationsstelle der Länder gewährleistet ist. Besonders schlimm wirkt sich die mangelnde Planung bei der Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus. Sie sitzen zur Zeit im Lager Traiskirchen fest, weil die Bundesländer niemanden aufnehmen. Wien, NÖ und Steiermark erfüllen ihre Quote. Da andere Bundesländer der Vereinbarung aber nicht nachkommen, will Steiermark keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. Positiv ist, dass nun eine Gruppe Unterstützung erhält, welche bisher nichts bzw. kaum etwas erhielt: jene Flüchtlinge, die zwar kein Asyl erhielten, aber nicht abgeschoben werden können. Eine weitere Verbesserung der Grundversorgung: das vorige Modell, die Bundesbetreuung, kannte nur die Unterstützung durch die Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften, nun wird auch eine finanzielle Hilfe für Personen in Privatwohnungen ausbezahlt.

Quelle: asyl aktuell 2/2004;
www.derstandard.at

Katastrophenhilfe als neues Handlungsfeld in der Sozialarbeit – GWA-Projekt Hochwasserhilfe in NÖ

In der letzten Ausgabe der SiÖ wurde über die Servicestelle für die Bewohner in OÖ berichtet. Im Donautal in Niederösterreich waren unter anderem die drei Gemeinden Grafenwörth, Kirchberg und Königsbrunn vom Hochwasser

betroffen. Viele Häuser mussten saniert werden. Die besondere Situation der Betroffenen hatte nachhaltige Auswirkungen auf die Dorfgemeinschaft. Ziel des Projektes war die Aufarbeitung der Geschehnisse. Der Übergang der aktuellen Streit- und Trauerkultur zu einer Kultur des distanzierten Erzählens sollte gefördert werden. Die Bewältigungsfähigkeit und die Bedürftigkeit der BewohnerInnen waren sehr unterschiedlich. Die Eckpunkte des Projektes unter der Leitung von Gertraud Pantucek umfassten die Aufarbeitung der Ereignisse und deren seriöse Dokumentation, Beratung, Erfahrungsaustausch und Ideensammlung für ein umfassendes lokales Krisenmanagement für die gegenwärtige Situation. Die Fachhochschule St. Pölten war aktiv am Projekt beteiligt. Zudem gab es eine Kooperation mit dem ORF und der Diakonie Österreich. Unter Einbeziehung der lokalen Fachbasis (Gemeindeverantwortliche, Helfende und BewohnerInnen) wurden nicht nur klassische Methoden der Sozialarbeit wie Einzelfallhilfe, Beratung, Krisenintervention und Mediation genutzt. Auch Methoden der Politik wie Versammlungen, kommunikationswissenschaftliche Aspekte und Öffentlichkeitsarbeit sowie Soziologie und Psychologie (Traumabewältigung) kamen zum Tragen. Aus dem Projekt entstanden folgende Publikationen: Gertraud Pantucek/Peter Binder: 2003 **Information und Katastrophe: Hochwasser – was nun? In: Gesellschaft zur Durchführung von Fachhochschulstudiengängen St. Pölten** (Hg.): Facts I. Die Informationsgesellschaft. Wien, Köln, Weimar (Böhlau) und Peter Pantucek: 2003. **Hochwasser 2002 – eine Bildchronik: Grafenwörth, Kirchberg, Königsbrunn** (als Herausgeber gemeinsam mit Gertraud Pantucek). St. Pölten, Sozaktiv, 2003. Zudem gab es eine Ausstellung zum 1. Jahrestag.

Quelle: info. Sozialarbeit in NÖ 1/2004, nöbds; www.pantucek.com

US-amerikanische Sozialarbeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Die zentralen Bausteine der Kinder- und Jugendhilfe sind Fremdunterbringung in Pflegefamilien und Adoption. Präventive Unterstützung von Risikofamilien findet kaum statt. So lautet das Resümee von Katrin Hentze, einer Berliner Sozialarbeiterin, welche mehrere Monate in einem der Family Center im Bundesstaat Pennsylvania mitarbeitete. Die KlientInnen dieses Centers sind Eltern aus Krisen geprägten Familienzusammenhängen, die meist in Armut leben. Eine Intervention staatlicherseits erfolgt in der Regel erst, wenn das Kindeswohl, beziehungsweise das Wohl anderer, gefährdet ist. Präventive Beratung im Vorfeld gibt es nicht. Zudem ist eine rechtzeitige Erkennung vor dem Schulalter kaum möglich, nachdem Kinder vorher in öffentlichen Beratungseinrichtungen nur selten wahrgenommen werden. Sie besuchen meist keinen Kindergarten. Unter Kinderschutzarbeit wird überwiegend die Reglementierung der Eltern und Fremdunterbringung verstanden. Das Familiengericht oder das Jugendamt (children & youth) verpflichtet die Eltern zur Teilnahme an Maßnahmen, wenn mindestens eines der Probleme familiäre Gewalt, Schulverweigerung, Drogenkonsum, Kriminalität, Fremdunterbringung, ausbleibende Unterhaltszahlungen oder Verletzung der Aufsichts- und Sorgspflicht Hilfe von außen erfordert. Folgende Programme bietet das Family Center bei solchen Notlagen an: Begleiteter Umgang, „Active Parenting“ (ein auf Video basierender Elternkurs), eine 12-wöchige Mütter – bzw. Vätergruppe, ein Hausbesuchsprogramm, eine Spielgruppe für Kleinkinder und eine anonyme Elterngruppe. Trotz ständig auftauchender struktureller und rechtlicher Schwierigkeiten in der Kinderschutzarbeit sei sie dort vielen engagierten SozialarbeiterInnen begegnet.

Quelle: Sozialmagazin Juli-August 2004

Verfasst von
DSA Danila Neuwirth

Sozialstaat ade?

Der Befund vom scheidenden Sozialstaat ist weit verbreitet und entspricht den Wahrnehmungen vieler, die im Sozialbereich tätig sind.

Dr. Tom Schmid

Allerdings machen es wachsende Sozialstaatsbudgets und eine ansteigende Zahl von (größtenteils öffentlich) finanzierten Einrichtungen gar nicht so leicht, den empirischen Beleg für die These vom scheidenden Sozialstaat zu erbringen. So läuft etwa der (erlebte und tatsächliche) Sozialabbau der „Ära Schüssel“ parallel mit dem Ausbau einer Reihe von neuen Einrichtungen im Behindertenwesen (Clearing, Jobcoach), die aus den Mitteln der „Behindertenmilliarde“ finanziert werden.

Was hat es also an sich mit dem „Abbau des Sozialstaates“? Ich denke, man kann nur Klarheit in diese scheinbaren und realen Widersprüche bringen, wenn man versucht, die Entwicklungen in der Sozialpolitik in einem theoretischen Gebäude zu erfassen. Dabei kommt der „Wende“ vom 4.2.2000 eine zentrale Bedeutung zu. Doch diese „Wende“ ist als eine *doppelte* zu begreifen, als ein Paradigmawechsel in der Verteilungspolitik *und* einer in der Ordnungspolitik. Allerdings, betrachtet man die **Verteilungspolitik** allein, wäre die Wende vom Februar 2000 noch nicht so dramatisch ausgefallen. Im Wesentlichen wird hier, wenn auch mit beschleunigtem Tempo, fortgesetzt, was bereits im Jahr 1987 mit dem Eintritt der ÖVP in die Regierung begonnen wurde: Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung, Wechsel vom Staatsziel der „Vollbeschäftigung“ zum Staatsziel des „ausgeglichene Haushaltes“, Reduktion der „Staatsquote“, sprich der Steuern und Sozialversicherungskosten, Umbau des Pensionensystems, etc. Grundgedanken dieser „verteilungspolitischen Wende“ ist, durch eine Reduktion der Staats-

quote wettbewerbsfähiger zu werden. Das bedeutet, Steuern und Abgaben zu senken und damit die Betriebe zu entlasten - „niedrigere Lohnnebenkosten“ ist hier das Zauberwort, so bestechend wie ökonomisch falsch, denn der Wettbewerb wird nicht über „Nebenkosten“ geführt, auch nicht über Lohnkosten, sondern nur über Stückkosten (denn es werden ja „Stücke“ verkauft). Stückkosten werden aber durch ein Produkt aus Lohnkosten und Produktivität bestimmt und wir stellen oft fest, dass dort, wo durch höhere Lohnkosten die Zufriedenheit/Motivation höher und die Qualifikation besser ist, die Produktivität hoch und daher die Stückkosten niedrig sind. Oft wird der eigentliche Wettbewerbsdruck (insbesondere in der Industrie) gar nicht von den Lohnkosten verursacht, sondern von den Umweltkosten. In der Industrie machen die Lohnkosten 10 – 15 % der Gesamtkosten aus, die Umweltkosten je nach Standort aber bis zu 30 %. Wenn ein Betrieb also in den „Osten“ geht, sind es oft die fehlenden Umweltauflagen, die die Produktion dort billiger machen, nicht die niedrigen Lohnkosten, denen in der Regel eine niedrige Produktivität gegenüber steht. Würde jedoch ein Betrieb zugeben, dass er wegen niedriger Umweltkosten in den Osten geht, würde ihn der Markt (durch KonsumentInnenboykott) strafen, geht ein Betrieb wegen „niedriger Lohnkosten“ in den „Osten“, stößt das bei den KonsumentInnen auch noch auf Verständnis. Doch das nur nebenbei.

Bei der verteilungspolitischen Wende geht es also darum, die „Staatsquote“ zu senken, wohlge-merkt, die Staatsquote, nicht die

Sozialkosten. Denn es handelt sich um eine Umverteilung der Finanzierung von Sozialleistungen, nicht um eine Senkung: Sie werden zunehmend nicht mehr über Transferkosten (das heißt solidarisch von der Gemeinschaft) finanziert, sondern von den einzelnen Betroffenen selbst. Nehmen wir als Beispiel die Schweiz: Dort ist die Staatsquote um ein Viertel niedriger als in Österreich, denn die gesamten Krankenversicherungen und ein Teil der Pensionen werden nicht öffentlich, also über Beiträge



bzw. Steuern finanziert, sondern durch private Beiträge der Versicherten (wie bei uns die KFZ- oder Haushaltsversicherung). Der ganze Zauber der „gesenkten Staatsquote“ bedeutet für die Versicherten also nur, dass die Sozialleistungen nicht mehr über den Bruttolohn finanziert werden, sondern über den Nettolohn, also nicht durch Abzüge, sondern durch „private“ Beiträge. Letztendlich bleibt den Menschen bei der „niedrigen Staatsquote“ genauso wenig im Geldbörstel wie bei der „hohen“. Aber: Wenn Sozialleistungen „privat“ finanziert

werden, ersparen sich die Betriebe die Dienstgeberanteile – der betriebliche Ertrag wird höher. Und darum geht es letztendlich bei der ganzen Diskussion um die zu senkende Staatsquote: Höhere Steuern würden die sozialen Lasten zwar gerecht auf alle verteilen, aber eben auch auf Betriebe, eine niedrige Staatsquote entlastet hingegen die Betriebe und überwälzt einen höheren Kostenanteil auf die Betroffenen.

Das gilt auch für Selbstbehalte im Gesundheitswesen. Was über Beiträge finanziert wird, zahlen Dienstgeber und Dienstnehmer je zur Hälfte, was über Selbstbehalte finanziert wird, zahlen nur die Dienstnehmer (Versicherten). Je höher also der Anteil der Selbstbehalte an den Gesamtkosten des Gesundheitswesens ist, desto niedriger der Dienstgeber-Anteil. Umverteilung nach unten also.

Bringt das wenigstens mehr Arbeitsplätze im Land? Die Empirie sagt nein und das ist auch logisch, denn Betriebe werden nicht dann mehr Menschen einstellen, wenn diese „billiger“ sind, sondern nur dann, wenn sie die Erwartung haben, mehr verkaufen zu können. Denn Betriebe stellen Menschen ein, um zu produzieren. Sinkt aber die Massenkaufkraft, so geht die Nachfrage zurück, die Betriebe bleiben auf ihren Angeboten sitzen und reduzieren die Produktion (gilt auch für Dienstleistungen), mit der reduzierten Produktion haben sie zu viele Beschäftigte. Und so weiter. Umgekehrt gedacht, wenn die Menschen mehr kaufen können, steigt die Nachfrage, die Produktion wird angekurbelt und mehr Menschen werden eingestellt.

Doch diese Entwicklungen begleiten uns bereits die letzten 20 Jahre und würden daher allein noch keine „Wende“ erklären. Was seit dem 4.2.2000 neu im politischen System Österreich ist, ist eine **ordnungspolitische** Wende: Der bisherige gesellschaftliche Konsens über eine offene, liberale

Gesellschaft gilt nun nicht mehr, wird abgelöst von einem konservativen Wertemodell der sechziger Jahre. Und die Konsens- und Kompromissdemokratie wird durch eine Mehrheitsdemokratie abgelöst. Freilich, auch eine Mehrheitsdemokratie ist demokratisch, aber das politische System Österreichs war (und wie ich meine: ist) nicht darauf vorbereitet, Entscheidungen ohne Kompromisse zu finden. Bisher war es üblich, Forderungen und Absichten im politischen Diskurs so lange abzuschleifen, bis Lösungen entstanden sind, die allen beteiligten Gruppen gerade noch „gepasst“ haben und daher von allen (gerade noch) mitgetragen wurden. Die Pensionsreform 1997 beispielsweise hat mehrmonatige öffentliche Auseinandersetzungen mit sich gebracht, aber dann zu Lösungen geführt, die sozial verträglich und langfristig pensionsstabilisierend waren (nebenbei: die wichtigsten Maßnahmen der Pensionsreform 1997 sind erst 2001 in Kraft getreten und haben sich stärker stabilisierend auf die Pensionen ausgewirkt als die Reform von 2000, die ausschließlich kurzfristige Entlastungen für das Bundesbudget gebracht und damit das „Nulldefizit für ein Jahr“ ermöglicht hat).

Die Konsens- oder Konkordanzdemokratie wurde verlassen, die Gesellschaft damit polarisiert, statt dem Kompromiss ist der Konflikt vorherrschend geworden, die „Sozialpartnerschaft“ wurde „überwunden“. Man kann der Meinung sein, dies sei ja nicht schlecht, denn nun treten die Klassenunterschiede endlich wieder deutlich zu Tage. Mag schon sein, doch zu welchem Nutzen und zu welchen Kosten?

Doch die ordnungspolitische Wende ist umfassend und erreicht alle gesellschaftlichen Bereiche: Das Justizsystem wurde wieder zu einem strafenden System gemacht, aber die Gefängnisse quellen über. Frauen wurden, unter anderem durch die neuen familienpolitischen Maßnahmen, „ermutigt“,

sich aus dem Arbeitsmarkt zurück zu ziehen und ihrer Rolle als Mutter und privater Pflegerin nachzukommen. Das Universitätsystem wurde durch die Übernahme des dreigeteilten Studiums und die Studiengebühren wieder in die Lage versetzt, zwischen „Masse“ und „Eliten“ differenzieren zu können. Und so weiter.

Verbunden ist diese ordnungspolitische Wende mit einer Machtübernahme der ÖVP in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, mit einem deutlichen Rückgang der Vielfalt und des Pluralismus. Heißt das jetzt doch „Sozialstaat ade“? Nicht automatisch, denn eine andere Politik ist möglich. Wenngleich Wahlen ein wichtiges Instrument zur Einleitung der „Wende von der Wende“ sind, sollte man sich jedoch nicht zu sehr auf dieses Medium verlassen, sondern selbst an Alternativen arbeiten. Aus meiner Sicht liegen wirkungsvolle Alternativen zur gegenwärtigen Politik der sozialen Kälte aber nicht in gemeinschaftsorientierten, kommunitaristischen Alternativen des Rückzuges und der Resignation, sondern nur in einer aktiven Definition der Gesellschaft als Ort der „Solidarität unter Fremden“. Eröffnen wir also den Diskurs darüber, wie wir uns eine gesellschaftliche Sozialpolitik vorstellen und welchen Platz wir in ihr finden, aber auch, welchen Beitrag wir leisten können, um mehr Solidarität in der Sozialpolitik durchsetzen zu können.



Dr. Tom Schmid ist Politologe und wissenschaftlicher Leiter der Sozialökonomischen Forschungsstelle in Wien. Er ist Lektor am FH-Studiengang Sozialarbeit in St. Pölten und am FH-Studiengang Gesundheitsmanagement am IMC in Krems.

Gesundheitsarbeit in Sozialen Diensten

Eine Strategie gegen gesundheitliche Benachteiligung am Beispiel Wien

Dr. Heiko Waller

Einleitung

Gesundheitsarbeit kennzeichnet eine Strategie zur Verbesserung der Gesundheit und der Gesundheitsversorgung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Rahmen sozialer Dienste. Ziel der Gesundheitsarbeit ist die Verhinderung bzw. Verminderung sozial bedingter gesundheitlicher Probleme. Gesundheitsarbeit ist Teil einer ganzheitlich verstandenen Sozialarbeit. Sie erweitert den Blick von den traditionell im Mittelpunkt der Sozialarbeit stehenden sozialen Problemen der KlientInnen auf die mit ihnen verbundenen Probleme von Gesundheit und Krankheit. Gesundheitsarbeit im Sozialwesen kann in den meisten Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit realisiert werden (vgl. Ortman und Waller 2004).

Fragestellungen der Untersuchung

Im Rahmen eines (von der VW-Stiftung geförderten) Forschungsaufenthalts am Institut für Soziologie der Universität Wien hat sich der Autor u.a. mit folgenden Fragen beschäftigt (vgl. Waller 2004):

- Wie präsent ist das Thema der gesundheitlichen Benachteiligung armer Bevölkerungsgruppen in der wissenschaftlichen Literatur Österreichs ?
- Wie aktuell ist das Thema in der sozial- und gesundheitspolitischen Debatte ?
- In welchem Maße wird Gesundheitsarbeit für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Sozialen Diensten Wiens praktiziert ?
- In wieweit hat Gesundheitsarbeit Eingang in die Ausbildung der SozialarbeiterInnen gefunden ?

Zur Beantwortung dieser Fragen hat sich der Autor mit den Veröffentlichungen, Programmen und Praxisprojekten von ca. 30 Institutionen und Initiativen befasst und darüber hinaus Interviews mit Schlüsselpersonen aus diesen Einrichtungen geführt (an dieser Stelle möchte ich allen beteiligten Institutionen und Personen noch einmal ganz herzlich für ihre Unterstützung danken. Nicht kooperativ waren allein die Leiter der MA 12 und der MA 15 der Stadt Wien).

Ergebnisse der Untersuchung

Die wichtigsten Ergebnisse der Recherche lassen sich – bezogen auf die o.g. 4 Fragen- folgendermaßen zusammenfassen:

Wie präsent ist das Thema der gesundheitlichen Benachteiligung armer Bevölkerungsgruppen in der wissenschaftlichen Literatur Österreichs ?

Zur Gesundheit und zur Gesundheitsversorgung armer Bevölkerungsgruppen in Wien finden sich entsprechende Ausführungen in den Gesundheitsberichten der Stadt Wien (Frauengesundheitsbericht 1996, MigrantInnenbericht 1997, Seniorengesundheitsbericht 1997, Männergesundheitsbericht 1999, Kindergesundheitsbericht 2000, Jugendgesundheitsbericht 2002, Gesundheitsbericht Wien 2001 und 2002), in speziellen statistischen Mitteilungen der Stadt Wien (Sozioökonomische Lage und Gesundheit von 1999, Gesundheit der Wiener Bevölkerung im regionalen Vergleich von 1999, Wiener Gesundheits- und Sozialsurvey von 2001, Mikrozensus 1999 von 2003) sowie insbesondere in mehreren Expertisen und Unter-

suchungen von Pochobradsky, Habl und Schleicher (1999, 2002), die zumeist im Auftrag des Bundesministeriums für Generationen und Soziale Sicherheit verfasst wurden, sowie in empirischen Untersuchungen von Wimmer-Pucher (1998, 2000).

Aus den genannten Veröffentlichungen lassen sich folgende wichtige Ergebnisse zusammenfassen: Im EU -Vergleich gehört Österreich mit 11% Armutsgefährdeten und 4.3% akut Armen zu den von Armut mit am wenigsten betroffenen Ländern Europas. Bei Betrachtung der Langzeitarmut (> 4 Jahre) reduzieren sich die Zahlen um ca. 1/4, also auf 2.7 % armutsgefährdeter und 1.1 % akut armer Bevölkerung. Trotz dieser vergleichsweise positiven Bilanz, sind armutsfördernde gesellschaftliche Veränderungen nicht zu übersehen.

Die höchsten Risiken akuter Armut und Armutsgefährdung finden sich in folgenden 5 Bevölkerungsgruppen:

- Alleinerziehende ohne Erwerbseinkommen
- Einpersonenhaushalte
- Personen aus Nicht-EU-Staaten
- Langzeitarbeitslose
- Personen im Erwerbsalter in Haushalten ohne jede Beschäftigung

Auf der Grundlage von Untersuchungen der Stadt Wien lässt sich die Verteilung dieser Bevölkerungsgruppen auf die Wiener Bezirke darstellen. Es zeigte sich, dass - bei Männern die Bezirke 10, 15, 16 und 20, und bei Frauen die Bezirke 10, 11 und 12 überzufällig häufig von Armutsgruppen bewohnt werden.

Anhand der Gesundheitsberichte über Wien und weiterer o.g. Veröffentlichungen zum Thema kann ein Überblick über die Gesundheitssituation und Gesundheitsversorgung dieser arbeitsgefährdeten bzw. von Armut akut betroffenen Bevölkerungsgruppen in Wien gegeben werden. Soweit zu diesen Gruppen Daten vorliegen, zeigt sich folgendes - aus der internationalen Literatur bekannte - Bild (vgl. z.B. Mackenbach u. Bakker 2002, Mielck 2000):

- Menschen in Armut haben – an unterschiedlichen Mortalitäts- und Morbiditätszahlen ablesbar – einen schlechteren Gesundheitszustand als nicht- arme Bevölkerungsgruppen
- Menschen in Armut zeigen ein ausgeprägteres gesundheitliches Risikoverhalten (Rauchen, Übergewicht, Bewegungsmangel etc) und beteiligen sich seltener an Vorsorgeuntersuchungen.
- Menschen in Armut nutzen das Gesundheitswesen in unterschiedlicher Weise: während soziale Randgruppen wie z.B. Wohnungslose kaum erreicht werden, nehmen MigrantInnen, Arbeitslose etc die hausärztliche und die stationäre Versorgung häufiger, die fachärztliche Versorgung jedoch seltener wahr.
- Menschen in Armut werden durch Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung kaum erreicht.

- Die Wohnbezirke, in denen arme Menschen leben, sind mit Einrichtungen der Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung unterversorgt (eigene Berechnungen auf der Basis der o.g. Berichte).

Wie aktuell ist das Thema in der sozial- und gesundheitspolitischen Debatte ?

Spezifische sozial- und gesundheitspolitische Beiträge zum Thema Armut und Gesundheit fanden sich insbesondere im Zusammenhang mit europäischen Initiativen, so z.B. der Beitrag von Schmidl und Csitkovics „On the adaptation of health services to the needs of people in marginal situations“ (2000) für eine Expertengruppe des Europarats, der Beitrag von Lins „The role of health promotion in Tackling inequalities in health“ (2001) für das European Network of Health Promotion Agencies sowie der für die EU erstellte „Nationale Aktionsplan gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ vom BM für Soziale Sicherheit und Generationen 2001. Daneben gibt es zahlreiche sozial- und gesundheitspolitische Stellungnahmen von NGOs, die das Thema Armut und Gesundheit tangieren, so z.B. von der Armutskonferenz, von den in der Flüchtlingsarbeit tätigen NGOs sowie von der Bundesarbeitsgemein-

schaft Wohnungslosenhilfe.

In welchem Maße wird Gesundheitsarbeit für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Sozialen Diensten Wiens praktiziert?

Es gibt eine Reihe spezifischer Projekte und Initiativen zur Gesundheitsförderung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dazu gehören u.a. das Projekt „F.E.M. Süd“ für benachteiligte Frauen aus dem 10. Wiener Bezirk, das Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum „Peregrina“ für Migrantinnen, das Projekt „Gesunde Leopoldstadt“ im 2. Bezirk, das Projekt Zahngesundheitsförderung im 2. und 20. Bezirk, das Projekt „Muttersprachliche Beratung von türkischen SpitalspatientInnen“. Einige dieser Projekte sind im Rahmen des Gesunde-Städte- Programms der WHO entstanden, dem Wien bereits seit 1989 angehört. Die Beteiligung von SozialarbeiterInnen an diesen Projekten ist jedoch gering.

Beispiele der Gesundheitsarbeit unter wesentlicher Beteiligung von SozialarbeiterInnen sind u.a.: Der „Louisebus“ von Caritas und Stadt Wien zur ambulanten medizinischen Versorgung von Wohnungslosen, das Betreuungszentrum „Die Gruft“ der Caritas für akut Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Betroffene mit unterschiedlichen psychosozialen



Problemen, das Projekt „Schubhaft- Sozialdienst“ von Caritas und Volkshilfe für Menschen, die wegen fehlender Aufenthaltsberechtigung in Haft genommen werden sowie verschiedene Projekte von Caritas, Volkshilfe und Rotem Kreuz zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen mit begleitenden psychosozialen Hilfen.

In wieweit hat Gesundheitsarbeit Eingang in die Ausbildung der SozialarbeiterInnen gefunden ?

Zu dieser Frage wurden Gespräche mit den Studiengangsleitern der beiden Studiengänge Sozialarbeit an der Campus Fachhochschule Wien (früher Bundesakademie bzw. Sozialakademie Wien) geführt sowie die neuen Curricula der Wiener Studiengänge gesichtet. Durch die aktuelle Umwandlung der Akademien in Fachhochschulen befindet sich die Ausbildung in einem grundlegendem Wandel (vgl. z.B. Pantucek 2002). Im neuen Curriculum der früheren Bundesakademie sind unter den Bezugswissenschaften 3 SWS Sozialmedizin und 3 SWS Sozialpsychiatrie vorgesehen. Hinzu kommt eine Einführung in das Handlungsfeld Gesundheit. Ähnlich sieht das neue Curriculum der früheren Sozialakademie Wien aus: Der Studiengang Sozialarbeit umfasst insgesamt 155 WS, davon entfallen 40 SWS auf die Bezugswissenschaften, davon 6.5 SWS auf die Fächer Medizin, Sozialmedizin, Psychiatrie und Geriatrie. Für das Handlungsfeld Gesundheit, Psychiatrie und Drogen stehen weitere 3.5 SWS zur Verfügung.

Aus den o.g. Informationen lässt sich der Schluss ableiten, dass die gesundheitsbezogene Sozialarbeit in Form der „klassischen“ Sozialarbeit im Gesundheitswesen einen festen Platz in den neuen Curricula erhalten hat (vgl. auch die umfassende Beschreibung des Handlungsfeldes „Gesundheit“ durch den Österreichischen Berufsverband Diplomierter SozialarbeiterInnen (obds) aus dem Jahr 2000).

Die Entwicklung einer Gesundheitsarbeit in Sozialen Diensten steckt dagegen noch in den Anfängen, scheint aber bereits ange-dacht zu sein, wenn es im Curriculum der früheren Bundesakademie heißt: „Durch den ganzheitlichen Zugang zu den Bereichen Prävention..., (Re-)Integration und Rehabilitation zur Förderung des psychosozialen Wohlbefindens ist mit einem erhöhten Bedarf an sozialarbeiterischen Angeboten zu rechnen“ (S. 39f).

Literatur

Förster, M., K. Heitzmann: Einkommensarmut und akute Armut in Österreich. In: BM Soziale Sicherheit und Generationen (Hg.): Bericht über die soziale Lage. Wien 2002, S.187-209

Mackenbach, J., M. Bakker (eds.): Reducing inequalities in health: a European perspective. Routledge, London and New York 2002

Mielck, A. :Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Verlag Hans Huber, Bern etc 2000

Ortmann, K., H. Waller (Hg.): Gesundheitsbezogene Sozialar-

beit. Erscheint 2004 im Schneider Verlag

Pantucek, P.: Das erste Jahr. Fachhochschulstudiengänge im Werden. Sozialarbeit in Österreich Nr. 3/2002

Waller, H.: Gesundheitsarbeit in Sozialen Diensten. Zur Theorie und Praxis einer Strategie gegen gesundheitliche Benachteiligung am Beispiel Wien. ZAG- Forschungs- und Arbeitsberichte. Lüneburg 2004



Arzt und Soziologe, Professor für Sozialmedizin am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule in Lüneburg, geschäftsführender Leiter des Zentrums für Angewandte Gesundheitswissenschaften und Leiter des gleichnamigen Weiterbildungsstudiengangs. Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zu sozialmedizinischen, sozialpsychiatrischen und gesundheitswissenschaftlichen Themen.

Sozialarbeit im Gesundheitswesen
innovativ

mit internationalen Referentinnen und Arbeitskreisen zu den Themen: **zukunftsorientiert**
selbstbewusst

- Krankenhaus-Sozialarbeit: Geschichte und Zukunft
- Soziale Diagnose einst und heute
- klinische Sozialarbeit – Krankenhaus-Sozialarbeit ?
- Interventionsformen der Sozialarbeit im Gesundheitswesen
- Soziotherapie mit psychisch kranken Menschen
- Sozialarbeit in der gemeindenahen Psychiatrie
- Sozialarbeit mit Dialysepatienten und Nierentransplantierten
- Qualitätssicherung in der Sozialarbeit im Gesundheitswesen

Podiumsdiskussion:
Braucht das Gesundheitswesen SozialarbeiterInnen als Case-ManagerInnen ?

eine Veranstaltung von:

www.mein-Supervisor.at
Supervision per email, chat oder webcam
☎ 0900 440 660
anonyme supervisorische Soforthilfe per Telefon

2. Bundesweite Fachtagung
Salzburg 15.-16. Nov. 2004
Nähere Info's und Anmeldung:
www.mein-Supervisor.at office@mein-Berater.at
Tel: 0662-626 723 oder 0676-64 60 75 8
Fax: 0662-626 729

Sozialstaat gegen Neoliberalismus

Dr. Ernst Berger

Das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ (April 2002) war der Versuch, einer in den letzten Jahren fast ungebrochen rollenden Welle neoliberaler Politik eine Alternative gegenüberzustellen – die Forderung nach solidarischer Absicherung der Lebensrisiken wie Krankheit, Alter, Behinderung etc. Keine der InitiatorInnen hatte die Illusion, die Durchsetzung neoliberaler Politik verhindern zu können. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass Begriffe wie Solidarität und soziale Sicherheit nicht mehr in die heutige Zeit passen, waren wir aber überzeugt, dass diese politischen Inhalte auch heute die Bedürfnisse und Anliegen vieler Menschen zum Ausdruck bringen.

Mit dieser Ansicht sollten wir Recht behalten: In den entscheidenden Phasen der Diskussion haben sich alle Massenmedien an der Diskussion beteiligt und keine relevante politische Gruppierung hat sich gegen die Grundideen des Volksbegehrens ausgesprochen. Die Argumentation der Gegner drehte sich eher um die Frage, ob

ignorieren. Und schließlich haben mehr als 717.000 Menschen das Volksbegehren unterschrieben. All das sind ausreichende Belege dafür, dass die Inhalte, um die es ging, keineswegs zum alten Eisen gehören, auch wenn uns das immer wieder eingeredet wird. Es muss uns allerdings zu denken geben, dass es dennoch nicht gelungen ist, diese Diskussion über die Kampagne des Volksbegehrens hinaus fortzusetzen und dass keine der großen politischen Organisationen diese Themen bei der nachfolgenden Nationalratswahl und in der Zeit danach – die Auflösung des Nationalrates hatte die parlamentarische Behandlung des Volksbegehrens beendet – aufgegriffen hat... Nun – dieser Beitrag ist nicht der Ort der politischen Analyse dieses Umstandes; er soll vielmehr die Argumente und politischen Inhalte in Erinnerung rufen, die damals wie heute Gültigkeit haben.

Der Begriff „Sozialstaatlichkeit“ meint, dass die Absicherung gegen Grundrisiken des Lebens und die Gewährleistung von Chancen-

kann). Ein Vergleich mit den USA zeigt, dass soziale Ungleichheit, Armut und Vereinzelung unter neoliberalen Bedingungen viel stärker ausgeprägt sind als im europäischen Sozialstaatsmodell. Überdies werden Leistungen im Gesundheits-, Pensions- und Bildungswesen durch sozialstaatliche Einrichtungen preiswerter erstellt als durch private Unternehmen.

Die neoliberale Offensive gefährdet jene Strukturen, die in Österreich in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurden und wesentlich zur Sicherung von Wohlstand und innerem Frieden beigetragen haben. Die wichtigsten Elemente sind:

- Die umfassende Kranken- und Unfallversicherung.
- Die soziale Pensionsversicherung.
- Die Arbeitslosenversicherung.
- Das öffentliche Bildungswesen.
- Die Unterstützung behinderter Menschen.
- Die Sicherung der Teilhabechancen der Menschen in unterschiedlichen geografischen Regionen durch öffentliche Einrichtungen für Verkehr, Kommunikation, Bildung, öffentliche Sicherheit etc. (Postämter, Gendarmerieposten, Verkehrsanbindung, Schulen...)

Diese Einrichtungen durch Privatisierung den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, heißt, soziale Ungleichheit zu fördern und die gesellschaftliche Verantwortung für den Zugang zu diesen Leistungen zu negieren.

Die Forderungen nach (verfassungsrechtlicher) Sicherung dieser Strukturen sind eine Gegenposition zum neoliberalen Politikprojekt, das noch von der Großen

die Verfassung¹ der richtige Ort sei, um die Anliegen sozialstaatlicher Sicherung zu verankern oder dass diese Anliegen in Österreich ohnehin gut verankert seien. Sogar die *Kronenzeitung* und der ORF, die sich der Berichterstattung am erfolgreichsten entzogen haben, konnten sie nicht ganz

gleichheit durch öffentliche Einrichtungen und damit auf solidarische Weise erfolgt. Im Gegensatz dazu sollen im *neoliberalen Gesellschaftsmodell* auch diese Leistungen durch private Unternehmen erbracht und von jeder Person nur für sich selbst gekauft werden (sofern sie sich das leisten

Koalition (ÖVP/SPÖ) auf die Schienen gestellt und ab 2000 von der schwarz-blauen Koalition auf eine neue Qualitätsstufe gehoben wurde; den Höhepunkt dieser Entwicklung haben wir vermutlich – ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Deutschland zeigt es – noch nicht erreicht.

Das neoliberale Projekt:

Mehr als 20 Jahre ist die Staatsschuld rascher gestiegen als die Gesamtwirtschaft. Die Schuld an dieser Entwicklung wurde den Ausgaben für den „ausufernden Wohlfahrtsstaat“ zugeschrieben. Die Staatsverschuldung wurde so zum wichtigsten „Beweis“ für das neoliberale Dogma, dass wir uns den Sozialstaat nicht leisten können und auch nicht leisten sollen. Die „Sparpakete“ der letzten Jahre haben deshalb in hohem Maß Sozialleistungen gekürzt.

Der wichtigste Grund für die Entwicklung der Staatsschulden liegt jedoch nicht in den Sozialausgaben, sondern in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In den siebziger Jahren setzte der Wechsel von „realkapitalistischen“ zu „finanzkapitalistischen“ Rahmenbedingungen ein. Nach neoliberalem Konzept wurden die Finanzmärkte schrittweise dereguliert. Schwankende Wechselkurse und Rohstoffpreise, hohe Realzinsen und boomende Aktienmärkte lenkten das Gewinnstreben von realer Investition und Produktion zu Veranlagung und Spekulation auf den Finanzmärkten. Das Wirtschaftswachstum halbierte sich, die Arbeitslosigkeit stieg, das Wachstum der Steuereinnahmen wurde gedämpft. Fazit: Die Staatsschulden nahmen rascher zu als die Gesamtwirtschaft. Darüber hinaus stiegen Unternehmergewinne und Besitz-einkommen viel rascher als die Löhne, und die Massensteuern (Lohnsteuer und indirekte Steuern) nahmen stärker zu als die gewinnabhängigen Steuern. In Europa reagierte die Politik auf steigende Staatsschulden mit der

„Symptomkur“ von „Sparpaketen“ und schwächte so den Sozialstaat. Ab Mitte der Neunzigerjahre wurde diese Politik auch in Österreich übernommen:

- Wachsende Selbstbehalte in der Krankenversicherung
- Leistungskürzungen in der sozialen Pensionsversicherung & Propagierung privater Altersvorsorge
- Einschränkung der Anspruchsberechtigung und der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung
- Einsparungen im Bildungsbereich

Die Losungen, unter denen dieses Projekt propagiert wird, sind gut bekannt: „mehr privat – weniger Staat“ „Leistung muss sich wieder lohnen“ „den Tüchtigen gehört die Welt“ und anderes mehr. Dem ist entgegenzuhalten, dass die derzeit betriebene systematische Entsolidarisierung die innere Struktur einer Gesellschaft zerstört und ihre Auswirkungen in vielen Bereichen hat.

Folgen neoliberaler Politik

Sozialmedizinische Analysen zeigen sehr deutlich, worum es geht: In Ländern, in denen ein „kritisches“ Niveau des durchschnitt-



lichen Lebensstandards überschritten wurde, werden die Kenndaten von Gesundheit nicht mehr von den Unterschieden in den absoluten materiellen Standards bestimmt, sondern von der relativen sozialen Position innerhalb einer Gesellschaft (Wilkinson 2001*): „Länder, in denen die Einkommensunterschiede zwischen Reich und Arm groß sind (was eine höhere oder ausgeprägtere relative Armut bedeutet), weisen tendenziell einen schlechteren Gesundheitszustand auf als Länder, in denen diese Unterschiede geringer sind... die egalitärsten Länder weisen den besten Gesundheitszustand auf und nicht die reichsten Industriestaaten.“ (Wilkinson 2001, S 92):

- Zuwächse der Einkommen der reichsten 5 % jeder Gesellschaft korrelieren mit einem Anstieg der Kindersterblichkeit, wenn gleichzeitig das absolute Einkommen der ärmsten 20 % konstant blieb.
- Die amerikanischen Bundesstaaten mit den größten wirtschaftlichen Unterschieden weisen die höchsten Sterberaten auf.
- Die Unterschiede in der subjektiven Befindlichkeit sind in jenen Ländern am größten, in denen auch die Einkommensunterschiede am größten sind.

Diese Erkenntnisse wurden durch Studien in verschiedenen Ländern bestätigt, sodass Wilkinson zusammenfasst, dass die Gesundheit auf Veränderungen im Einkommen reagiert und dass in den rei-

chen entwickelten Ländern das relative Einkommen wichtiger ist als das absolute (S 133).

Eine historisch vergleichende Analyse sozialmedizinischer Daten aus Großbritannien (Wilkinson 2001) zeigt, dass diese Zusammenhänge auch relativ kurzfristig anhand von Veränderungen aufgrund neoliberaler Gesellschaftspolitik beobachtbar sind: Ab Mitte der 80-er Jahre kam es unter der Thatcher-Regierung zu einem sehr raschen Anstieg der Einkommensunterschiede; parallel dazu verschlechterten sich die Trends der nationalen Sterbedaten aller Altersgruppen. Diese Ergebnisse wurden durch zahlreiche Detailstudien einzelner englischer Wahlkreise bestätigt.

Die Konsequenzen neoliberaler Politik bilden sich ab 1985 auch an anderen Stellen ab:

- Es kam zu einem deutlichen Rückgang der Leseleistungen der SchülerInnen und zu einem Abfall der Leistungen in Mathematik
- Die Zahl von Schulverweisen wegen Disziplinproblemen und Verhaltensstörungen stieg in diesem Zeitraum an
- Die Häufigkeit von Gewaltkriminalität stieg in dieser Zeit ebenso wie die Selbstmordraten an.
- Drogendelikte Jugendlicher nahmen zu

Als entscheidendes Vermittlungsglied arbeitet Wilkinson den Faktor „psychosozialer Stress“

heraus, der in ganz entscheidendem Maße durch mangelnde Einbettung in soziale Netze, durch relative Armut und durch gesellschaftliche Spaltung verstärkt wird.

¹ Text des Volksbegehrens: „Österreich ist ein Sozialstaat. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen als eigenständige Ziele. Vor Beschluss eines Gesetzes wird geprüft, wie sich dieses auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (Sozialverträglichkeitsprüfung). Die Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Behinderung, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erfolgt solidarisch durch öffentlich-rechtliche Sicherungssysteme. Die Finanzierung der Staatsausgaben orientiert sich am Grundsatz, dass die in Österreich lebenden Menschen einen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angemessenen Beitrag leisten.“

* R.G. WILKINSON „Kranke Gesellschaften – Soziales Gleichgewicht und Gesundheit“ Springer-Verlag, 2001 (Orig. engl. 1996)

Univ. Prof. Dr. Ernst Berger, Jugendpsychiater und Mitinitiator des Volksbegehrens „Sozialstaat Österreich“.



Claus Paegelow

Handbuch zur Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit
Einführung in das Arbeitsfeld der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe.

2004, Paperback, ISBN 3-00-013574-X, 174 S., Format 17x22
Im Buchhandel in Österreich oder bei Direktbestellung Euro 37,10 (plus Auslandsporto Euro 6,-).

Inhalt: Das Buch bietet Informationen u.a. zu Eckdaten, Studien, Forschungsstand, Einrichtungstypen, Geschichte, rechtlichen Grundlagen, Problem- u. Lebenslagen, Verbänden, Kunst, Kultur und Literatur, sowie internationalen Überblick (insbes. EU und USA).

Der Sozialstaat – Auslaufmodell oder Zukunftschance

Brigitte Kratzwald

„Der europäische Sozialstaat und die Zivilisiertheit unserer Städte sind Errungenschaften, so unwahrscheinlich und kostbar wie Kant, Beethoven, Pascal oder Mozart“, sagte Pierre Bourdieu.

„Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“, hören und lesen wir fast täglich in Nachrichtensendungen und Zeitungen.

„Der Sozialstaat macht die Menschen träge, und zu hohe Löhne, Sozialleistungen und zu gute Absicherung von Arbeitslosen sind die Hauptursache für Arbeitslosigkeit“, werden die VerfechterInnen des neoliberalen Wettbewerbsstaates nicht müde uns zu erklären.

Es scheint also eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig.

Zuerst ein kurzer Blick in die **Geschichte**: Der europäische Sozialstaat ist in einem Aushandlungsprozess zwischen Arbeit und Kapital im Rahmen der Industrialisierung entstanden. Grundlegend war die Erkenntnis, dass die Armut der Arbeiterklasse Folge der Entwicklung des Industriekapitalismus und nicht Schuld der und des Einzelnen ist, und dass der Staat als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit eingreifen muss, um die negativen Auswirkungen des Kapitalismus auszugleichen. Interessant ist, dass in Österreich und Deutschland konservative Regierungen die ersten Schritte in Richtung sozialer Absicherung der arbeitenden Klasse gingen. Ihr Ziel war dabei nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Menschen zu erhalten, die durch die zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse massiv gefährdet war, sondern auch der entstehenden ArbeiterInnenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dadurch entstand in Österreich der „Typus der ‚Sozialpolitik von oben‘

verstanden als politische und sozialintegrative Legitimationsstrategien der politischen Eliten, näherhin eine Politik gegen die Arbeiterbewegung, zum Teil zu Gunsten (von Teilen) der Arbeiterschaft, jedoch unter Ausschluss der Arbeiterschaft“.¹

Diese autoritäre Grundausrichtung macht ihn auch anfällig für Kritik von emanzipierten BürgerInnen.

Weiters darf man nicht übersehen, dass der Sozialstaat als soziales Gegengewicht zum Kapitalismus, gemeinsam mit dem Fordismus, der die ArbeiterInnen zu NutznießerInnen des Wirtschaftswachstums machte, und damit der ArbeiterInnenbewegung ein zweites Mal den Wind aus den Segeln nahm, überhaupt erst den Erfolg des kapitalistischen Systems ermöglichte. Er ist also nicht nur Konsequenz des kapitalistischen Systems, sondern hilft auch, es aufrecht zu erhalten.

Dieses Dilemma des Sozialstaates überträgt sich dann auch auf die Soziale Arbeit, die ja ein Instrument der Sozialpolitik ist. Soziale Arbeit im modernen Sinn konnte ja erst dadurch entstehen, dass es gesetzliche Arbeitsrechts- und ArbeiterInnenschutzbestimmungen gab, ebenso wie Gesetze zur Jugendwohlfahrt und Armenpflege, in denen der Staat die finanzielle und moralische Verantwortung übernahm, für die Beseitigung der Armut. Und bei allem Engagement für die von ihnen betreuten Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Randgruppen, haben SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen immer auch eines zu leisten – den Erhalt des Systems.

Also doch weg damit, und mehr Verantwortung für die und den Einzelnen, mehr Wettbewerb und Leistung, damit es uns allen wie-

der besser geht?

Nein, denn nur weil die Umsetzung den heutigen Rahmenbedingungen nicht mehr angemessen ist, muss man noch lange nicht die Idee verwerfen. Die Idee nämlich, dass es Aufgabe der Gesellschaft ist, sich solidarisch mit ihren schwächsten Teilen zu verhalten. Die Idee auch, dass nicht Konkurrenz sondern Kooperation der gesellschaftlichen Entwicklung förderlich ist, und schließlich die Idee, dass allen Menschen gleiche Rechte zustehen, deren Ausübung durch den Staat sichergestellt werden muss.

Es gilt also zu hinterfragen, warum unser Sozialstaat seine Aufgaben derzeit so schlecht erfüllen kann. Die drei Säulen auf denen unser soziales Sicherungssystem aufbaut, sind

- Familie
- Vollbeschäftigung und
- Wirtschaftswachstum.

Mit dem **Wirtschaftswachstum** gibt es seit längerem Probleme, die Frage, ob Wirtschaft immer wachsen muss und kann, oder ob ständiges Wachstum, so wie ein Krebsgeschwür, auf jeden Fall in die Katastrophe führen muss, sei es die ökologische oder die soziale, wird immer häufiger gestellt. Es gibt mittlerweile auch schon ÖkonomenInnen, die Modelle einer „Steady State Economy“, einer Wirtschaft ohne Wachstum und mit sinkendem Ressourcenverbrauch, durchrechnen, und zu durchaus ermutigenden Lösungen kommen.

Vollbeschäftigung, nämlich die 40-Stundenwoche für alle (männlichen) Arbeitnehmer ist mittlerweile in weite Ferne gerückt, und scheint als bevorzugtes Politikziel in der Mitgliedsstaaten der EU

auch nicht mehr auf. Im Gegenteil, ein gewisser Grad an Arbeitslosigkeit ist durchaus beabsichtigt, um den Arbeitsmarkt „funktionsfähig“ zu erhalten. Andererseits ist die Produktivität der Arbeitskräfte heute so hoch, dass wir unseren Lebensstandard auch mit viel weniger Arbeit halten könnten. Fatal ist, dass alle sozialen Sicherungssysteme auf dem Besitz einer Erwerbsarbeit und zwar im vollen Ausmaß aufbauen. Wenn Integration in eine Gesellschaft von Erwerbstätigkeit abhängt, die Gesellschaft aber diese nicht mehr garantieren kann, dann erzeugt

einzig Quelle von ökonomischer und sozialer Sicherheit und sozialem Ansehen. Ob das ein arbeitsloses Grundeinkommen für alle ist, oder neue Arbeitszeitmodelle, in denen auch Familienarbeit und Arbeit für das Gemeinwesen berücksichtigt werden, ist zweitrangig, und muss im gesellschaftlichen Konsens erarbeitet werden.

Die dritte Basis, auf der der Sozialstaat lange Zeit funktionierte, ist die **Familie**. Denn wie der Kapitalismus überhaupt, funktioniert auch der Sozialstaat nur durch unbezahlte Arbeit von Frauen. Abgesehen davon, dass es

könnten sich die Professionellen mehr an den Bedürfnissen ihrer KlientInnen und weniger an den normativen Vorgaben des Staates orientieren.³

Ein anderes Argument, das immer wieder angeführt wird als Begründung für die Probleme des Sozialstaates, ist die zunehmende Individualisierung, die oft gleichgesetzt wird mit Egoismus.

Eine zunehmende Individualisierung ist jedoch seit der Aufklärung zu beobachten, und stellt eine wesentliche Emanzipationsleistung des Menschen dar. Demokratie, Menschenrechte, Minder-



eine solche Gesellschaft per se Exklusion.

Das ist auch für SozialarbeiterInnen problematisch: Wenn sie Menschen in eine Gesellschaft integrieren sollen, die aus sich selbst heraus ausschließend wirkt, wird der Sinn der Tätigkeit massiv in Frage gestellt. Sozialarbeit wird dann zum Selbstzweck – zu einer „Arbeitslosenbewegungsmaschine“.² Dass MitarbeiterInnen in sozialen Organisationen dieses Dilemma durchaus bereits am eigenen Leib verspüren und als sehr belastend empfinden, haben die Interviews für meine Diplomarbeit deutlich gezeigt.

Die Lösung müsste also heißen: weg von der Erwerbstätigkeit als

hoch an der Zeit ist, diesem Umstand entgegenzutreten, ist auch die Familie heute keine Garantie mehr für soziale Sicherheit. Es gibt heute unterschiedliche Lebensformen, die auch immer nur für begrenzte Lebensabschnitte gelebt werden. Demnach muss ein Sozialsystem in allen diesen Lebensformen Sicherheit bieten, ohne eines zu privilegieren.

Für SozialarbeiterInnen könnte das bedeuten, dass auch andere Lebensformen und -entwürfe ihrer KlientInnen, die es ja zum Teil längst gibt, ernstgenommen und unterstützt werden könnten.

Durch eine solche „reproduktionsorientierte“ Soziale Arbeit, wie sie Andreas Schaarschuch bezeichnet,

heitenrechte und die Erfolge bei der Gleichstellung der Frauen sind Früchte dieser Bestrebungen. Selbstbestimmtheit ist nicht mit Egoismus gleichzusetzen!

Erol Yildiz kehrt die Argumentation um, wenn er meint, „nicht die Individualisierung und die Differenzen sind das Problem, sondern deren politische Instrumentalisierung in Zeiten struktureller Verwerfungen und lokaler und globaler Risiken“.⁴

Die Autonomie der Individuen wird heute in zweifacher Weise instrumentalisiert. Erstens wird sie positiv gedeutet, weil Wirtschaft und Politik vom unabhängigen, autonomen Individuum ausgehen, sie wird verwendet, um die Menschen in einen Konkurrenz-

kampf jedeR gegen jedeN zu hetzen. Das erst führt zu Entsolidarisierung, nicht die Individualität selbst. In einem zweiten Schritt wird den Menschen dann vorgehalten, ihr Egoismus und ihre zu hohe Anspruchshaltung seien schuld am Versagen des Sozialstaates.

Man verlangt als Konsequenz eine Rückbesinnung auf die alten, gemeinsamen Werte, was aber bedeuten würde, den Problemen von morgen mit den Lösungen von gestern zu begegnen.

Yildiz hingegen meint, dass „die Auflösungsprozesse einerseits zur Enttraditionalisierung der Lebenswelt und Individualisierung, andererseits auch zur Entstehung neuer sozialer Milieus, Lebensformen und Mentalitäten und damit zur Bildung neuer Werte beitragen“.⁵ Diese neuen vielfältigen Werte und Lebensformen versetzen die Gesellschaft erst in die Lage, die Zukunft zu bewältigen. Auf der Basis der Individualisierung entstehen auch neue Formen der

Solidarität. Wolf-Dietrich Bukow sieht die gesellschaftliche Krise folgerichtig auch hauptsächlich als eine Folge der mangelhaften Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen, weil die Entscheidungen auf immer höhere Ebenen verlegt werden, wo Mitbestimmung nicht mehr möglich ist. Er meint, dass Demokratieformen immer eine Zeit lang funktionieren, und dann wieder neue entwickelt werden müssen.⁶

Diese Herausbildung neuer Formen der Solidarität und mit ebenfalls neu zu entwickelnden partizipativen Methoden, wäre ein interessantes und befriedigendes Aufgabengebiet für SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen, in dem sie sich auch aus ihrer Abhängigkeit vom Staatssystem emanzipieren könnten. Was natürlich die Frage nach einer Finanzierung einer solchen Art Sozialer Arbeit aufwirft. Und genau hier kommt die ursprüngliche Idee des Sozialstaates ins Spiel. Es geht nämlich um nicht mehr und nicht weniger

als um die ökonomische und soziale Absicherung aller BürgerInnen und um die Wahrung ihrer politischen und sozialen Rechte. Um diese auch in Zukunft sicherstellen zu können, sind innovative Ansätze nötig. In der Industrie wird Forschung und Innovation hoch bewertet. Die Weiterentwicklung der Gesellschaft kann doch nicht weniger wert sein, als die Weiterentwicklung der Technologien!

¹ Talos, Emmerich / Wörister, Karl: **Soziale Sicherung im Sozialstaat Österreich**. Nomos

Verlagsgesellschaft, Baden – Baden, 1994

² Schaarschuch, Andreas: **Das demokratische Potential Sozialer Arbeit**. In: Sünker, Heinz (Hg.): Theorie, Politik und Praxis Sozialer Arbeit. Kleine Verlag, Bielefeld 1995, S. 61

³ vgl. ebd.

⁴ Yildiz, Erol: **Die zunehmende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Infrastruktur**. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Ottersbach, Markus (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe. Leske + Budrich, Opladen 1999, S. 56

⁵ ebd. S. 51

⁶ vgl. Bukow, Wolf-Dietrich: **Bemerkungen zur Zukunft der Zivilgesellschaft**. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Ottersbach, Markus (Hrsg.): Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe. Leske + Budrich, Opladen 1999, S. 30



easyCON

Unternehmensberatung

Controlling - Beratung, Konzeption & Schulung

Robert Soratroi
6068 Mils, Holzweg 1

Tel. 0650 / 384 1690
office@easycon.at
www.easycon.at

Langjährige Controlling - Erfahrung im Sozialbereich

Insider KNOW HOW

- ▶ Tagsätze kalkulieren, optimieren & erfolgreich verhandeln
- ▶ Kalkulation für alle Arten von Einrichtungen
- ▶ Verbesserungen in der wirtschaftlichen Führung und in der täglichen Organisation

- ▶ Kostenrechnungswerkstatt (Planung, Kalkulation, Szenarienrechnungen & Analysen)
- ▶ easyCON Kennzahlenmodell für den sozialen Bereich
- ▶ Aufbau von Kostenrechnung in Ihrer Einrichtung

Referenzen

SOS-Kinderdorf
IGSWG Burgenland
SO Oberösterreich
Innsbrucker Immobilien GmbH & CO KEG
diverse Workshops & Beratungen

Controlling für soziale Einrichtungen von easyCON

=

easy Controlling!



Brigitte Kratzwald ist Mitglied von Attac und aktiv in der Regionalgruppe Graz und in der Inhaltsgruppe socialattac. Sie war lange in der mobilen Altenbetreuung tätig und ist derzeit Bildungsreferentin bei Südwind Steiermark. Sie studiert Pädagogik mit den Schwerpunkten Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung und schreibt derzeit an ihrer Diplomarbeit zum Thema Ökonomisierung Sozialer Arbeit.

Die Sozialdiskussion oder die absurde Diskussion darüber, wie man den Bock zum Gärtner macht

DSA Reinhard Hörl

Wenn man die gegenwärtige Diskussion über Reformen oder richtig: den Abbau großer Teile des Sozialsystems in Deutschland verfolgt, trübt sich der Blick und man scheint zu vergessen, worum es sich handelt: Über eines der reichsten Länder der Erde mit einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen, einem der höchsten Bruttosozialprodukte, einem Land mit höchster Produktivität, höchsten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Standards weltweit.

Da fragt man sich, wo denn die Maßstäbe sind, an denen gesamtgesellschaftlich relevante Diskussionen wie jene um soziale Standards ausgerichtet werden und warum die beteiligten Akteure dem unermüdlich heruntergebeteten und geradezu lächerlichen Gezeter einer Elite des politischen und wirtschaftlichen Mainstreams auf den Leim gehen.

Wenn man - wie in Deutschland geschehen - einen Konzernvorstand mit der Entwicklung gesellschaftspolitischer Konzepte (Stichwort Hartz-Kommission und Agenda 2010) beauftragt, kann nichts anderes herauskommen als die betriebswirtschaftliche Projektion kapitalistischer Konzernlogik auf den Gesamtstaat: Was zu teuer ist gehört günstiger eingekauft oder man verzichtet gleich ganz darauf. So einfach ist das in der betriebswirtschaftlichen Logik. Das lässt sich auch gut beim sogenannten Durchschnittsbürger „verkaufen“, der sein Geldbörsel mit einer ähnlichen Logik betrachtet.

Der Kahlschlag sozialer Errungenschaften verbunden mit der „Weisheit“, dass man eben den Gürtel enger schnallen müsste, wenn das „Gerstl“ knapp wird ist scheinbar das unwidersprochen

akzeptierte Niveau der gegenwärtigen Sozialdiskussion. Warum und wodurch das Geld knapper wird und wohin und zu wem es sich verdrückt, wird gar nicht erst ernsthaft hinterfragt.

Die absurde Logik der Diskussion beispielhaft auf die Gesamtheit eines Hauses umgemünzt lautet: Wenn das Dach beschädigt ist, dann entferne man am besten die Dachziegel, weil das Einsetzen neuer eben Geld kostet.

Aber was dann?

Man darf die Frage nach der Leistbarkeit des Sozialsystems nicht allein auf die Finanzierbarkeit reduzieren. Das Sozialsystem ist Teil der gesamtgesellschaftlichen Kultur der Teilhabe an den gemeinsam von allen erarbeiteten materiellen und sozialen Gütern, die sich an einem im gewissen Sinn als gerecht empfundenen Ausgleich (Verteilung) des Reichtums orientiert und den Gesamtzusammenhang gesellschaftlicher Wirklichkeit in der Gegenwart darstellt.

Ein in Frage stellen der allgemein etablierten sozialen Standards bedeutet auch ein in Frage stellen der Struktur und der Qualität der sozialen und politischen Standards, der gesamtgesellschaftlichen Beziehungskultur und der in jahrzehntelangem Ringen erreichten gesellschaftlichen Verbesserungen.

Die Frage ist, ob die etablierten sozialen Standards einen höheren gesamtgesellschaftlichen Wert darstellen als die Gesetzmäßigkeiten (Sachzwänge) gegenwärtiger wirtschaftlicher Prozesse mit all ihren unappetitlichen Erscheinungsformen (Lohndumping, Ausbeutung der Dritten Welt, Globalisierung, etc.). Derzeit scheint

es so, als ob es „common Sense“ wäre, dass der Schwanz (Wirtschafts- und Finanzsystem) mit dem Hund (Gesamtgesellschaft) wedeln würde und nicht umgekehrt.

Muss nicht einfach die ganze Diskussion über die Finanzierbarkeit des Sozialsystems - von der gegenwärtigen verkehrten Perspektive aus - auf den Kopf, also letztlich auf die Beine gesamtgesellschaftlicher Realität gestellt werden, damit die Perspektive wieder stimmt?

Wenn schon die Mittel fehlen, die zur Finanzierung des Sozialsystems (das ja nicht aus Jux und Tollerei plötzlich über Nacht erfunden worden ist) nötig sind, sollte der Blick doch eigentlich dahin gerichtet werden, wohin diese an sich vorhandenen Mittel abfließen und wo und bei wem sie sich kumulieren und nicht stattdessen plötzlich den hart erarbeiteten sozialen Gesamtkonsens in Frage stellen.

Betrachtet man die enorme Marktkapitalisierung, den ungeheuren Umfang von Kapital-, Zins- und Börsengewinnen und die enormen Summen, die abgabenschonend in diversen Anlageformen und auf Bankkonten geparkt sind, dann ist es nur zu berechtigt, einen angemessenen Anteil dieser gigantischen finanziellen Ressourcen zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Sozial- und Bildungssystems zu fordern.

Niemand würde auf die Idee kommen, seine Wohnung zu kündigen, wenn das Geld für die Miete nicht mehr reicht. Genau das empfehlen aber - auf die Systemlogik des Staates umgemünzt - viele, vor allem konservative oder neo-konservative Persönlichkeiten aller Fachrichtungen, wenn sie über

Zukunftsperspektiven des Sozialstaates sprechen.

Die heutigen sozialen Standards sind eine Errungenschaft jahrzehntelangen Ringens um eine

standards an die Mängel der Wirtschafts- und Fiskalpolitik stellt die Beziehung von Ursache und Wirkung auf den Kopf. Nicht das Sozial- und Bildungssystem ist

gesellschaftlichen Reichtums nichts geändert werden muss.

Wie sonst sollte - wenn sie nicht so fatale Folgen hätte - die grundsätzlich lächerliche Sozialdiskus-



gerechtere Verteilung des gemeinsam(!) erwirtschafteten Wohlstands und das Ergebnis gesellschaftlicher Einigungsprozesse über Auffassungsunterschiede, über die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten. In der marxistischen Theorie heißt das Klassenkampf, im sozialdemokratischen Sprachgebrauch Umverteilung (von oben nach unten, nicht umgekehrt).

Der gegenwärtige Finanzierungspass ist ein Phänomen der gegenwärtigen Struktur der Wirtschafts-, Finanz- und Besteuerungssysteme und nicht eine Folge eines vermeintlich überbordenden Sozialsystems, das wir uns nicht mehr leisten können. Das wäre ja lächerlich angesichts des enormen gesamtgesellschaftlichen Reichtums, in dem wir leben. „Bei voller Schüssel verhungern“ ist das wahre Credo der meisten Diskussionsbeiträge in der gegenwärtigen Sozialdebatte.

Eine Anpassung der hart erarbeiteten Sozial- und Bildungs-

die Ursache der Verknappung der nötigen Geldmittel, sondern das gesamtwirtschaftliche System ist nicht mehr in der Lage, nicht dazu im Stande oder schlicht ungeeignet, den Zusammenhalt der Gesellschaft und die damit verbundenen sozialen und gesamt-kulturellen Standards zu gewährleisten.

Geld fließt dorthin, wo schon viel Geld ist, fließt also von den Menschen, die es dringend zum Lebensunterhalt brauchen zu jenen, die das Glück haben, mehr davon zu besitzen, als sie jemals brauchen werden. Die Geldströme fließen in der Regel in Richtung einer größeren Dichte des Finanzkapitals ab. In der Wiedergewinnung und Nutzbarmachung an sich unproduktiver und toter Geldmassen liegt die eigentliche Aufgabe einer neuen Wirtschafts- und Fiskalpolitik.

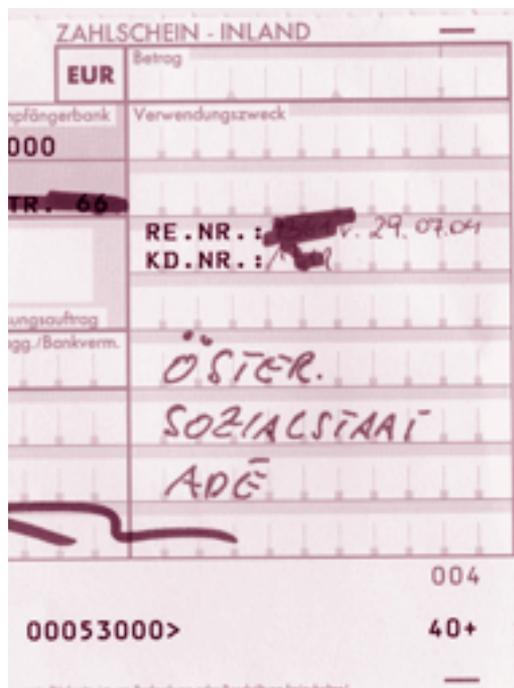
Nun zielt man in der gegenwärtigen Diskussion auf die gesamtgesellschaftlichen Standards nach der Art der bekannten Sündenbock-Strategie, damit an den Strukturen des Verteilungssystems

sion bei uns und weiten Teilen der EU - einem der volkswirtschaftlich reichsten Gebiete der Erde - verstanden werden.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu eine Notwendigkeit, die Bedingungen des Zustandekommens von Reichtum zu erforschen, was in der Armutsforschung und insbesondere von der Armutskonferenz immer wieder vehement gefordert wird.

Es geht heute genauso wie zu Beginn des industriellen Zeitalters und der Entstehung der sozialen Klassen um das mit friedlichen Mitteln verantwortungsvoller Politik zu bewerkstellende Ringen um die gerechte Verteilung gesamtgesellschaftlichen Reichtums - nicht nur national, sondern vor allem global! Wir treten ein in eine neue Runde des altbekannten Klassenkampfes unter den Bedingungen hochentwickelter Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften neben einer weltweit gigantischen sozialen Unterentwicklung, Verelendung, Krieg und gleichzeitig global agierender

Wirtschafts- und Finanzkonglomerate, die unter Ausnutzung dieser extrem unterschiedlichen globalen Rahmenbedingungen extreme Profite erzielen. In den hoch-



entwickelten Staaten der sogenannten Ersten Welt greifen sie durch Medienmacht und politisches Mainstreaming die bei uns etablierten sozialen Standards gezielt an, um ihren ohnehin immensen Profit weiter zu erhöhen. Die strategischen Slogans für die mediale und politische Ausstattung dieser Kampagne lauten Lohndumping und Sozialabbau.

Die Grundfrage ist doch, ob die erreichten sozialen Standards einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wert haben, der für unsere Lebensweise und Kultur ein unverzichtbares Selbstverständnis darstellt und nicht in Frage gestellt werden darf. Dass an der qualitativen Verbesserung der Organisation und Struktur dieser Standards gearbeitet werden darf, steht dabei selbstverständlich außer Frage.

Somit ist die Diskussion um die Finanzierbarkeit des Sozialsystems eine Frage der Werte im gesamtgesellschaftlichen Kontext und nicht eine finanzielle.

Es ist das altbekannte Spiel der

Macht, die Verantwortung an Fehlentwicklungen und Defiziten jenen in die Schuhe zu schieben, die davon am meisten betroffen sind. So als ob das Opfer eines Verbrechens selbst am Verbrechen Schuld wäre.

Mit der Einsparung im Sozial- und Bildungsbereich werden jedoch nicht nur „irgendwelche“ Leistungen eingespart, es wird massiv an der Erosion gesamtgesellschaftlicher Standards und an der Verbindlichkeit historisch gewachsener Kompromisse gearbeitet.

Ob es wert ist, an der Beibehaltung scheinbar unveränderbarer ökonomischer und politischer Gesetzmäßigkeiten festzuhalten, stelle ich angesichts der zuneh-

menden Radikalität der Umsetzung und der Rabiathheit in der Vermittlung des gegenwärtig stattfindenden Sozialabbaus und Sparwahns in Frage.

Noch viel mehr stelle ich allerdings die absurde und tragikomische Diskussionslogik in Frage, die sich in der aktuell geführten Sozialdebatte darin zeigt, wie man es anstellen könnte, den Bock am effizientesten zum Gärtner zu machen.

Reinhard Hörl,
Sozialarbeiter in der Gebietsbetreuung Josefstadt/Alsergrund.

Ausbildungen/Lehrgänge - fordern Sie unsere Info-Mappen an!

MEDIATION - Ausbildung für Persönlichkeiten aus Sozialarbeit und Therapie
Leitung: Norbert Fackler (220 Einheiten) 29.9.04 bis 19.11.05

LEITEN UND FÜHREN IN SOZIALEN ORGANISATIONEN - Zertifikatslehrgang
Leitung: Dorothee Zehnder (144 Einheiten) 14.1.05 bis Nov. 05

FAMILIENARBEIT FÜR SOZIALPÄDAGOGINNEN - Zertifikatslehrgang
Leitung: Gabriele Mayrhofer/Ingrid Mostbauer (160 Einheiten) 3.2.05 bis 27.1.06

SEMINARE

- **Vergessene Kinder – Vernachlässigung im frühen Kindesalter**; Ch. Ableidinger-Schachinger 4. – 5. 10.
- **Sucht – Schwerpunkt Familie**; S. Nestler, K.-H. Teubenbacher 6. – 7. 10.
- **Wenn das nur gut geht – zwischen (R)aushalten und Fremdunterbringung**; M. Poss 11. – 12. 10.
- **Produktiver Umgang mit Abbrüchen**; M. Poss 13. – 14. 10.
- **Erfolgreich arbeiten - Ziele finden - Motivation entdecken**; H. Schels 19. – 20. 10.

- **Sozialpädagogische Diagnosen**; P. Siegrist 28. – 29. 10.
- **EXCEL hilft! – EDV-Tipps für die Sozialarbeit**; D. Stadlbauer 09. – 30. 11.
- **Gruppen-Basiskompetenz-Training**; W. Spatzenegger, R. Heinetsberger 11. – 12. 11.
- **Finanzmanagement für Praktiker der Sozialarbeit**; E. Badegruber 15. – 16. 11.
- **Hilfreicher oder hilfloser Helfer?** H. Mayrwöger, S. Kessler 18. – 19. 11.
- **Familienaufstellungen mit Symbolen**; Ch. Ableidinger-Schachinger 01. – 02. 12.
- **Qi Gong - den Körper erfahren und von ihm lernen**; K. Ritzberger 13. – 14. 12.
- **Arbeit mit aggressiven und gewalttätigen Menschen**; A. Unterberger 9. – 10.02.05

Ermäßigungen für Mitglieder des OBDS und des Vereins SO!

Christiane Zoff, Bildungsort für Soziale Arbeit

4040 Linz,
Petrunumstraße 12,
Tel. 0732 / 77 89 72-53
Fax: 070 / 77 89 72-19;
E-Mail: c.zoff@bildungsort.at

Bestellen Sie unser Programmheft oder buchen Sie im Internet:
www.bildungsort.at

ÖVP: „Von einem Zerfall des Sozialstaates kann keine Rede sein“

ÖVP Sozialsprecher NR Walter Tancsits im Interview

SIÖ: 310.000 Menschen sind in Österreich von Armut betroffen. 30.000 Kinder leben in der Sozialhilfe. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt dramatisch. Zerfällt der Sozialstaat Österreich?

Tancsits:

Armutdefinitionen sind vom durchschnittlichen Einkommen abhängig und nicht sehr aussagekräftig. Daher divergieren diesbezügliche Angaben sehr stark. Was Kinderarmut betrifft, hat diese Bundesregierung durch Kinderbetreuungsgeld, Familienunterstützung, Familienbesteuerung, Wohnbauförderung, u.a. massiv gegengesteuert. Selbstverständlich kann jahrzehntelang verfehlte Politik gegenüber Familien mit Kindern nicht schlagartig korrigiert werden. Von einem Zerfall des Sozialstaats Österreich kann absolut keine Rede sein.

SIÖ: Die Kronen Zeitung veröffentlichte unter dem Titel „Armutzeugnis“ eine Statistik des Gesundheitsministeriums, wonach 160.000 ÖsterreicherInnen nicht krankenversichert sind. Das Ministerium selber rechnete mit der Hälfte. Ist diese Statistik ein „Armutzeugnis“ für diese Regierung?

Tancsits:

Mit rund 98% haben wir in Österreich eine nahezu flächendeckende Pflichtkrankenversicherung. Im Frühjahr 2004 wurde sogar eine Ausweitung auf illegal im Land Lebende, die nicht abgeschoben werden können, ausgedehnt! Viele nicht Versicherte haben eigentlich

einen Rechtsanspruch, aber kommen mangels Information oder aus eigener Unbekümmertheit zu keiner Krankenversicherung. Hier sind weitere Informationsmaßnahmen zu setzen.

SIÖ: In der Bundesregierung gab es Pläne, die Notstandshilfe in eine Sozialhilfeleistung umzuwandeln. Wie stehen Sie als Sozialsprecher der Kanzlerpartei zu diesen Plänen?

Tancsits:

Im Regierungsprogramm ist als Verwaltungsvereinfachung eine gemeinsame Administration von Notstandshilfe und Sozialhilfe vorgesehen ohne materiell an diesen beiden verschiedenen Leistungen etwas zu verändern.

Das Überführen von Langzeitarbeitslosengeld in die Sozialhilfe findet zur Zeit leider in Deutschland statt und ist für uns - wie die meisten Maßnahmen der rot-grünen Regierung in Deutschland - kein Vorbild.

SIÖ: In der alltäglichen Arbeit als SozialarbeiterInnen sind wir mit der vorgegebenen Spardoktrin konfrontiert: Notwendige Maßnahmen in der Jugendwohlfahrt oder Justiz werden nicht genehmigt, die sozialrechtliche Absicherung von KlientInnen wird immer schwieriger, soziale Projekte erhalten oft nur Kurzfristfinanzierungen. Glauben Sie, dass die Sozialarbeit genügend Ressourcen zur Verfügung hat, um den jeweiligen gesellschaft-

lichen Auftrag zu erfüllen?

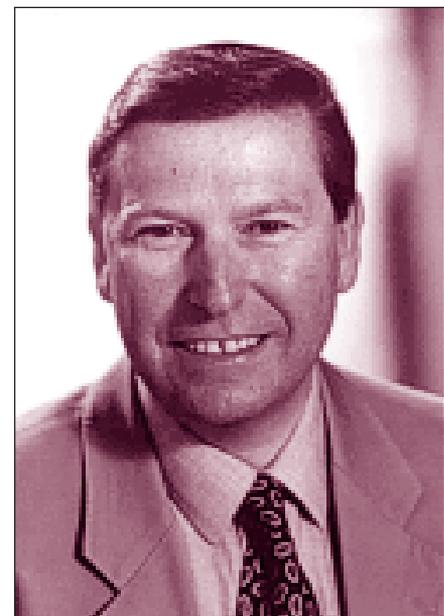
Tancsits:

Öffentliche Gelder werden von allen Erwerbstätigen einer Gesellschaft für Gemeinwohlaufgaben erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Ohne einzelne Projekte zu bewerten, lässt die gesamtösterreichische Sozialquote keine Mängel erkennen.

SIÖ: Die Diplomierten SozialarbeiterInnen haben als qualifizierteste und professionellste Berufsgruppe im Sozialbereich noch immer kein Berufsgesetz, weil sich kein Ministerium für uns zuständig fühlt. Was sagen Sie zu dieser unhaltbaren Situation?

Tancsits:

Das ist primär Sache der Sozialpartner.



SPÖ: „Unsere Kritik nicht doppelbödig“

SPÖ Sozialsprecherin NR Heidrun Silhavy im Interview

SIÖ: Wäre seit dem Jahr 2000 eine Bundesregierung unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler aktiv, wäre der österreichische Sozialstaat ein anderer?

Silhavy:

JA! Unter der ÖVP-FPÖ-Regierung wurde erstmals der gesellschaftspolitische Konsens über den Sozialstaat in Frage gestellt. Reaktionen darauf waren u.a. das Sozialstaatsvolksbegehren, die ÖGB-Urabstimmung und das Sozialwort der christlichen Kirchen Österreichs. Die eindimensionale ausgabenseitige Kürzung in der Budgetpolitik, die überwiegend auf eine Reduktion des Sozialstaates zielt, führt zu einer Verstärkung der Armutsgefährdung, zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer Schwächung der sozialen Sicherungssysteme! Die Sozialdemokratie steht für Beschäftigung und sozialen, sowie gesellschaftlichen Ausgleich!

SIÖ: Welche Maßnahmen der derzeitigen Regierung würde die SPÖ sofort wieder rückgängig machen?

Silhavy:

Ich darf in Erinnerung bringen, dass die SPÖ maßgeblich daran mitgewirkt hat, dass die unsozialen Maßnahmen wie Ambulanzgebühren, Unfallrentenbesteuerung usw., die wir ja nie wollten, gefallen sind. Wir haben als SPÖ Alternativen zur derzeitigen Regierungspolitik anzubieten, deren Umsetzung logischerweise auch die Zielsetzung einer Regierungspolitik ist. Ich verweise auf unser Modell der Fairnesspension, auf das Konzept der bedarfsorientierten Mindestsicherung, das Modell der Gesundheitsorganisation und -finanzierung sowie unsere Bildungs- und Ausbildungsmodelle! Schwerpunkte der Maßnahmen, die - soweit überhaupt noch machbar ist - rückgängig zu machen wären, sind die Pensionssicherungsreform, die Studiengebühren, Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bzw. Arbeitslosenversicherung. Seriöserweise muss man bei all diesen Punkten aber auch überprüfen, inwieweit die von der ÖVP-FPÖ-Regierung ergriffenen Maßnahmen bereits irreparable Veränderungen

bewirkt haben und welche konkreten Schritte tatsächlich noch in Richtung vorherigen Stand verändert werden können.

SIÖ: Die Reformen im Sozialsystem wurden allerdings unter einer SPÖ-Regierung eingeleitet, wie beispielsweise die Reduzierung der Karenzzeit von 2 auf 1½ Jahre oder die Streichung der Geburtenbeihilfe, was besonders alleinerziehende Frauen sehr hart getroffen hat. Ist Ihre Kritik an der Sozialpolitik der Regierung nicht doppelbödig?

Silhavy:

Es ist unbestritten, dass auch unter der SPÖ-ÖVP-Regierung Entscheidungen getroffen wurden, deren Auswirkungen leider auch fallweise eine falsche sozialpolitische Betroffenheit erzeugt haben! In bin noch immer davon überzeugt, dass die Streichung der Geburtenbeihilfe ein sehr hoher Preis war, den wir gegenüber der ÖVP für den Fortbestand der Regierung zu zahlen hatten. Dennoch halte ich fest, dass eine Vielzahl von Maßnahmen, die unter der ÖVP-FPÖ-Regierung jetzt umgesetzt werden, durch die SPÖ in der großen Koalition verhindert werden konnten. Den Unterschied können die Menschen ohnedies selbst beurteilen. Daher ist die Kritik nicht doppelbödig, sondern es ist eine, aus rein sozialdemokratischer Sicht, gerechtfertigte Kritik. Die Ernsthaftigkeit unserer politischen Arbeit kann ja auch daran gemessen werden, dass wir Maßnahmen, die wir für sozial- und gesellschaftspolitisch sinnvoll halten, durchaus auch im Parlament mitbeschließen und eben nur gegen jene Maßnahmen auftreten, die aus sozialdemokratischer Sicht für die Menschen und deren Zukunft einseitige negative Folgewirkungen haben.

SIÖ: Ein sozialdemokratischer Finanzminister hat die „Vermögenssteuer“ abgeschafft. Wären in Österreich die Steuereinnahmen aus Gewinnen und Vermögen so hoch wie im Durchschnitt der EU, hätten wir laut Berechnungen der

Armutskonferenz seit 1997 Budgetüberschüsse und die Regierung müsste sich nicht das Geld bei jenen holen, die sowieso keines haben. Wie stehen Sie als Sozialdemokratin zu dieser Entscheidung Ihrer Partei?

Silhavy:

Diese Frage darf ich mit dem noch zu beschließenden und derzeit zur Diskussion stehenden Wirtschaftsprogramm der SPÖ beantworten. Jenes zeigt ganz deutlich die Zielsetzung einer sozialdemokratischen Verteilungspolitik auf. Klar ist aber auch, dass gerade im Bereich der Steuerfragen, Insellösungen im internationalen Wettbewerb immer schwieriger werden. Persönlich gehen meine Vorstellungen daher noch über das Programm hinaus, wie beispielsweise in Richtung Wertschöpfungsorientierung oder Tobin-Steuer.

SIÖ: Die Diplomierten SozialarbeiterInnen haben als qualifizierteste und professionellste Berufsgruppe im Sozialbereich noch immer kein Berufsgesetz, weil sich kein Ministerium für uns zuständig fühlt. Was sagen Sie zu dieser unhaltbaren Situation?

Silhavy:

Ich bin der Auffassung, dass in Analogie zu den Gesundheitsberufen und im Sinne einer Qualitätssicherung eine entsprechende gesetzliche Regelung wichtig wäre. Dabei müsste eine Kompetenzteilung zwischen BMBWK und BMSG machbar sein. Für weiterführende Gespräche stehe ich gerne zur Verfügung.



Die Grünen: „Das Vertrauen in den Sozialstaat wurde zerstört“

Grüner Sozialsprecher NR Karl Öllinger im Interview

SIÖ: 160.000 Österreicher sind nicht krankenversichert. 340.000 Menschen sind in Österreich akut von Armut betroffen. Die durchschnittliche Notstandshilfe beträgt 530,51 €. Der Sozialstaat bröckelt. Wie würde die Sozialpolitik unter einem grünen Sozialminister aussehen?

Öllinger:

Was Armut und Armutsgefährdung betrifft, haben wir schon vor einigen Jahren das Konzept einer bedarfs- und lebenslagenbezogenen Grundsicherung entwickelt. Das würde z.B. bedeuten, dass bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ein Sockel, eine Grundsicherung eingezogen werden muss. Bei der Sozialhilfe müsste mit den Ländern ein einheitlicher Richtsatz vereinbart werden. Bei den Löhnen brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe von 1.100 € brutto für Vollzeitarbeit. Die Wirklichkeit ist ja noch brutaler als die durchschnittliche Notstandshilfe: 25 % der Frauen, die Notstandshilfe beziehen, erhielten 2003 weniger als 330 €. Wie soll frau davon leben können?

SIÖ: Was sind für Sie die größten sozialpolitischen Sünden der letzten zehn Jahre?

Öllinger:

Es gibt viele Sünden. Die wichtigste ist, dass dabei viel Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats zerstört wurde (bestes Beispiel: das Pensionsystem). Nur zur Erinnerung: Zunächst gab es die Sozialschmarotzerdebatte, dann die über die Treffsicherheit des Sozialstaats und jetzt, nachdem die angeblichen Sozialschmarotzer aus dem Sozialsystem gedrängt wurden und die „Treffsicherheit“ verbessert wurde, kommt die Debatte, dass wir uns diesen Sozialstaat so nicht mehr leisten können. Reform war früher mal ein positiv besetzter Begriff. Mittlerweile fürchten sich alle vor den „Reformen“. 1997 machte Rotschwarz eine Pensionsreform, die als Jahrtausendreform tituliert wurde, 2000 kam dann eine Jahrhundertreform bei den Pensionen durch Schwarzblau, 2003 gab es eine Pensionssicherungsreform, um die Jahrtausend- und die Jahrhundertreform

abzusichern und 2004 kommt die nächste ganz grosse Reform. Das ist doch der permanente Wahnsinn!

SIÖ: Welche sozialpolitischen Maßnahmen müssten rückgenommen oder gesetzt werden, wenn die Grünen in eine Regierung eintreten würden?

Öllinger:

Mit Rücknahmen bin ich vorsichtig. Das ist kaum machbar. Es wäre – glaube ich – auch eine Überforderung, wenn die Grünen ein Stakkato an Rücknahmen bzw. Reformen fordern und umsetzen würden. Wir müssen Massnahmen wie die Grundsicherung gut vorbereiten, kommunizieren und dann umsetzen. Wir brauchen dafür die Bereitschaft und die Unterstützung der Menschen. In den letzten Jahren sind sie ja nicht gefragt worden und wenn sie sich geäußert haben (Stichwort: Sozialstaats-, Frauen-, Pensionsvolksbegehren), ist über sie drübergefahren worden. Es gibt keinen anderen Rechtsbereich, in dem so wenig Rechtssicherheit besteht, wie im Arbeits- und Sozialrecht. Das ist eine ziemlich große Aufgabe.

SIÖ: Stichwort „mit wem regieren“: Beobachter stellen fest, dass „der sozial-politische Flügel“ bei den Grünen immer kleiner wird und die Gruppe der „Unisex-Grünen“, die sich auch eine Regierung mit der ÖVP vorstellen kann, mehr Einfluss hat als je zuvor. Wie sehen Sie diese Entwicklung in Ihrer Partei?

Öllinger:

Regieren werden wir mit der Partei, mit der wir am meisten von unseren Vorstellungen umsetzen können. Und wenn das nicht möglich ist, wenn wir zu wenig umsetzen können, werden wir das Regieren bleiben lassen, so wie das auch nach den Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP 2002 der Fall war.

SIÖ: In Oberösterreich kooperieren die Grünen mit der ÖVP. Können Sie sich eine Koalition mit der ÖVP auf Bundesebene vorstellen?

Öllinger:

Ich glaube, die öö. Grünen machen eine gute Arbeit. Es hätte in Salzburg auch die Möglichkeit einer rotgrünen Über-einkunft gegeben. Dort war's die SPÖ, die sich für die ÖVP entschieden hat. Auf Bundesebene werden wir abwarten müssen, welches Ergebnis die Grünen bei den Wahlen erzielen. Aber ich verrate kein Geheimnis, dass ich mir das schwer vorstellen kann, wenn die ÖVP ihren bisherigen Kurs fortsetzen will (falls sie nicht ohnehin von den WählerInnen gebührend abgestraft wird).

SIÖ: Die Diplomierten SozialarbeiterInnen haben als qualifizierteste und professionellste Berufsgruppe im Sozialbereich noch immer kein Berufsgesetz, weil sich kein Ministerium für uns zuständig fühlt. Was sagen Sie zu dieser unhaltbaren Situation?

Öllinger:

Ich habe es mitbekommen, weil ich selbst schon mehrmals darauf angesprochen wurde. Wenn die Regierungsparteien nicht wollen, was offensichtlich der Fall ist, dann ist es tatsächlich schwierig. Das ist dann wie beim Buchbinder Wanninger, der immer falsch verbunden wird und im Nichts landet. Ich kann nur für uns Grüne versichern, dass uns das Anliegen bewusst ist und wir uns dafür einsetzen würden, falls wir usw... Soweit ich weiß, gibt es ja schon sehr konkrete und brauchbare Entwürfe. Im neoliberalen Mainstream wird ja weniger auf Sozialarbeit als aufs Wegsperrn gesetzt – vielleicht ist das eine Erklärung, warum unter dieser Regierung gar nichts weitergeht.



FPÖ: „Es wurde niemand verraten“

FPÖ Sozialsprecher NR Sigisbert Dolinschek im Interview

SIÖ: Kritiker bezeichnen die Entwicklung des Sozialstaats in Österreich als „Weg vom Sozialstaat zum Almosenstaat amerikanischer Prägung“. Sie wurden von vielen Menschen gewählt, die der unteren Einkommensschicht zuzurechnen sind. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Dolinschek:

Diese Behauptung der Kritiker ist schlicht und ergreifend falsch. Gerade die derzeitige Bundesregierung, im Speziellen aber die Freiheitliche Partei, hat sich stets massiv für die unteren Einkommensschichten stark gemacht und in diesem Bereich viele Erleichterungen initiiert. Die BeziehungsInnen kleiner und kleinster Pensionen wurden bei sämtlichen Maßnahmen im Pensionsbereich stets in einem besonderen Ausmaß berücksichtigt. Man denke aber auch an die Einführung des Kindergeldes (und dessen Ausweitung auf Mehrlinge), welches nunmehr allen Frauen zur Verfügung steht, also etwa auch Studentinnen, Bäuerinnen oder Hausfrauen, die früher keinerlei Unterstützung erhalten haben. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang aber auch die Leistungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen: Durch die Leistungsoffensive der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen, die so genannte „Behindertenmilliarde“, wird für die Verbesserung der Beschäftigungssituation behinderter Menschen so viel Geld wie noch nie zuvor bereitgestellt. Nicht zu vergessen ist auch die Steuerreform, die gerade für BeziehungsInnen kleinerer Einkommen eine spürbare Entlastung gebracht hat. Alles in allem kann man die Entwicklung des Sozialstaates Österreich – nach Jahrzehnten ausufernder Ausgabenpolitik – als Weiterentwicklung in Richtung mehr sozialer Sicherheit, mehr Leistungsfähigkeit und mehr Treffsicherheit bezeichnen, aber keinesfalls als „Almosenstaat amerikanischer Prägung“.

SIÖ: Die FPÖ stellt seit 4 Jahren den Sozialminister und hat sich bei entscheidenden Fragen der Sozialpolitik nicht bei der ÖVP durchsetzen können (siehe Kritik von FPÖ-Politiker wie Böhmendorfer, Stadler oder Strache.). Haben Sie Ihre Verantwortung als politischer Vertreter des „kleinen Mannes“ verraten?

Dolinschek:

Nein, weder ist Ihre Behauptung, die FPÖ

habe sich bei der ÖVP in Fragen der Sozialpolitik nicht durchsetzen können, richtig, noch haben wir Freiheitliche unsere Verantwortung als Vertreter des viel zitierten „kleinen Mannes“ in irgend einer Form verraten. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben unsere Verantwortung sehr, sehr ernst genommen und sind daher in unseren sozialpolitischen Vorstellungen – die sich aufgrund der Verschiedenartigkeit der Parteien sich mit jenen der ÖVP ja gar nicht decken können – mit dem Koalitionspartner nicht immer einig gewesen. Während der Koalitionspartner seine Vorstellungen für die Wirtschaft, für die Leistungsträger eingebracht hat, haben wir uns ganz besonders für all jene eingesetzt, die es weniger leicht als andere im Leben haben. Es wurde hier niemand vergessen oder gar „verraten“, sondern wir haben in der Gesamtheit unserer politischen VerantwortungsträgerInnen immer sehr genau darauf geachtet, dass wir das Maximum für die Betroffenen herausholen können. Als Beispiel seien hier etwa die Verhandlungen zur Pensionsversicherungsreform 2003 genannt, wo wir gerade in der entscheidenden Phase noch vieles zu Gunsten der Menschen in diesem Lande herausverhandeln konnten – und uns damit letzten Endes auch gegenüber dem Koalitionspartner durchgesetzt haben.

SIÖ: Laut Prof. Talos liegt rund die Hälfte der Arbeitslosengeldbezüge unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz, das durchschnittliche Arbeitslosengeld bei Frauen liegt bei 555,95 €, gleichzeitig steigt das Privatvermögen der Österreicher auf 581,38 Milliarden Euro. Finden Sie die Verteilungspolitik in Österreich gerecht?

Dolinschek:

Generell ist zu bemerken, dass die Arbeitsmarktthematik, für die ja bekanntlich Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein verantwortlich zeichnet, auch in Zusammenhang mit der Problematik rund um die Schwarzarbeit zu betrachten ist. Gerade die FPÖ hat sich stets vehement für die Bekämpfung der Schwarzarbeit in Österreich eingesetzt. In unserem gut ausgebauten Sozialstaat besteht leider die Tendenz, diverse Sozialleistungen, wie etwa Arbeitslosengeld, missbräuchlich zu verwenden bzw. sich Sozialleistungen zu erschleichen. Diese Trittbrettfahrer verzerren die Gesamtsituation auf Kosten jener Menschen, die die Unterstützung der

öffentlichen Hand wirklich benötigen. Dieser Tage erst hat Justizministerin Dr. Karin Miklantsch – ebenso wie der vormalige Justizminister Dr. Dieter Böhmendorfer – einen deutlichen Vorstoß in Richtung Bekämpfung des Sozialmissbrauchs getätigt.

Ziel der Freiheitlichen Partei war und ist es, eine effiziente, treffsichere und zukunftsfähige Sozialpolitik sicherzustellen. Auf Kosten nachfolgender Generationen mit beiden Händen Geld zu verteilen, das nicht da ist, dafür sind wir Freiheitlichen nicht zu haben.

Zur Höhe des Arbeitslosengeldes ist abschließend zu bemerken, dass das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Frauen ja auch deshalb niedriger ist, da viele Frauen geringfügig oder teilzeitbeschäftigt sind.

SIÖ: Wie steht die Bundesregierung bzw. die FPÖ zur professionellen Sozialarbeit in Österreich und zu den Menschen, die diesen Beruf ausüben?

Dolinschek:

Diesem Vorschlag steht die FPÖ prinzipiell positiv gegenüber.

SIÖ: Die Diplomierten SozialarbeiterInnen haben als qualifizierteste und professionellste Berufsgruppe im Sozialbereich noch immer kein Berufsgesetz, weil sich kein Ministerium für uns zuständig fühlt. Was sagen Sie zu dieser unhaltbaren Situation?

Dolinschek:

Diese Berufsgruppe hat deshalb noch kein eigenes Berufsgesetz, weil hier die eigenen Berufsvertreter säumig waren. Sie haben effektiv zu wenig getan, um eine Veränderung herbeizuführen.



Austro-Liberalismus – das Ende des Sozialstaats

Zerstören Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung den Sozialstaat Österreich, ist der „soziale“ Staat noch zeitgemäß, oder bedarf es anderer Modelle?

DSA Erich Fenninger

Seit den 80er Jahren erleben wir weltweit, vor allem aber auch in Europa, einen völligen Umbau des modernen Staates. Dieser Staat war in Europa in den letzten Jahrzehnten zu einem Wohlfahrts- und Sozialstaat ausgebaut worden. Dieser Sozialstaat war einerseits für die Zurverfügungstellung von Infrastruktur wie beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation, Elektrizität- und Gasversorgung zuständig, und andererseits durch die Gewährleistung von sozialer Kohäsion und solidarischer Absicherung von Risiken des/der Einzelnen im Falle von Unfall, Krankheit und Alter in Form der Sozialversicherungssysteme gekennzeichnet. Seine Aufgaben erfüllte der moderne Wohlfahrtsstaat mit einem umfangreichen öffentlichen Sektor. Diese öffentlichen Dienstleistungen wurden entweder vom Staat selbst erbracht oder an Dritte wie beispielsweise NPOs übertragen.

Mit dem Ende der Ära Kreisky kam es zu einer Modernisierung

der Wirtschaftspolitik nach neoliberalen Muster. Ab diesem Zeitpunkt erhielt eine restriktive Budgetpolitik Vorrang gegenüber dem „alten“ Ziel der Vollbeschäftigung um jeden Preis, das die 70er Jahre geprägt hatte. Privatisierungen begannen zuerst im Banken- und Mineralölbereich, griffen anschließend auf den Energie- und Verkehrsbereich und erfassten auch die Verstaatlichte Industrie. Gleichzeitig wurde der Arbeitsmarkt flexibilisiert, die Zahl der TeilzeitarbeiterInnen, der geringfügig Beschäftigten und der LeiharbeiterInnen stieg kontinuierlich an. Diese zunehmende Deregulierung der Arbeitswelt hatte ebenfalls negative Auswirkungen und mündete in hohen Arbeitslosenquoten und Armut.

Obwohl der sogenannte „Austro-Liberalismus“ erst verspätet eintrat, sind seine Auswirkungen derzeit bereits deutlich zu spüren. Diese Liberalisierungstendenzen führten in kurzer Zeit zu einer Verschlechterung der Beschäfti-

gungs- und Einkommensverteilung und zu einer Vergrößerung der Differenzen zwischen Arm und Reich. Durch die Krise der Staatsfinanzen wurde der Sozialstaat reduziert und Sozialausgaben gekürzt. Auch die aktuell diskutierten Pensions- und Gesund-



heitsreformen gehen zu Lasten der ÖsterreicherInnen und vor allem der Bedürftigen wie beispielsweise Kranken, Langzeitarbeitslosen, AlleinerzieherInnen usw.

Besonders NPOs, wie beispielsweise die Volkshilfe mit ihren Angeboten an qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen, sind von den derzeitigen Liberalisierungstendenzen bedroht. Die Volkshilfe als eine der großen Wohlfahrtsverbände ist österreichweit im Bereich der Gesundheits- und Sozialen Dienste einschließlich Kinder- und Jugendwohlfahrt tätig und verfügt daher über ein umfassendes Praxiswissen in diesem Bereich.

Zertifikatslehrgang für Gender Kompetenz

Gender Kompetenz, eine hochaktuelle Schlüsselqualifikation in Geschlechterfragen, wird in Zeiten des europaweiten Gender Mainstreaming ein zunehmend wichtiges Kriterium im Kompetenzprofil von MitarbeiterInnen.

4 Module: Vom 04. November 2004 – 05. März 2005:

Gender Kompetenz-Training/Gender Analysen und eigene Wirkungsmöglichkeiten in Organisationen/Bildungsorganisation – Methodik – Didaktik unter Gender & Diversity Aspekten/Tools – Methoden – Handwerkszeug und Qualitätskriterien

Kosten: 990.- incl. (gefördert: bmwk,esf)

Information: GenderWerkstätte Graz – 0316 – 71 60 22

Download : www.frauenservice.at &

www.maennerberatung.at

Werden soziale Dienstleistungen am freien Markt gehandelt, so diktiert Angebot und Nachfrage den Preis, und folglich auch Qualität und Zugang. Möglich wäre in Zukunft, dass soziale Dienstleistungen hoher Qualität zu hohen Preisen und sogenannte Grundleistungen minderer Qualität zu niedrigen Preisen angeboten werden. Einige Dienstleistungen könnten aufgrund von „Unrentabilität“ - wie beispielsweise Pflegedienste in ländlich entlegenen Regionen - überhaupt nicht mehr angeboten werden. Es würden

NPOs spüren sowohl die finanziellen Kürzungen im Bereich des Dritten Sektors, als auch die steigenden Anforderungen aufgrund der erhöhten Anzahl an Bedürftigen und der Einsparungen im Bereich der sozialen Sicherung. Social Profit ist eben schwer zu bewerten und ist nicht Teil des neoliberalen Denkens.

Die derzeitigen Liberalisierungstendenzen stellen eine Bedrohung für den Sozialstaat Österreich dar. Die Entwicklungen in der EU und in Österreich haben gezeigt, dass



Gesundheits- und Soziale Dienste 1. u. 2. Klasse entstehen und Soziale Dienste als Waren gehandelt werden. Soziale Dienste sind jedoch kein Produkt, das auf dem freien Markt zu handeln ist, sondern sie sollten für jeden zugänglich sein und in hoher Qualität angeboten werden.

NPOs stehen derzeit bereits vor großen Herausforderungen, einerseits kürzt die öffentliche Hand weiterhin Finanzmittel für die Erbringung von sozialen Dienstleistungen, und andererseits steigen die Herausforderungen im sozialen Sektor aufgrund steigender Armut und Ausgrenzung. Die Liberalisierungstendenzen wirken in diesem Bereich doppelt. Die

die Allmacht der Wirtschaft bereits das gesamtgesellschaftliche System dominiert und eine Unterwerfung des Sozialen zur Folge hat. Für Österreich als eines der reichsten Länder der Welt wäre ein Sozialstaat mit adäquaten und modernen sozialen Sicherungssystemen leistbar und eine Investition in die Zukunft.

Da von Seiten der Regierenden aus heutiger Sicht eine Umkehr in Richtung Sozialstaat nicht zu erwarten ist, liegt es an uns - der Zivilgesellschaft - neue Wege in eine sozial gerechtere Welt aufzuzeigen und einzufordern, um eine menschlichere Welt zu gestalten, die Teilhabe für jede/n ermöglicht. Ein erster Schritt in diese Richtung

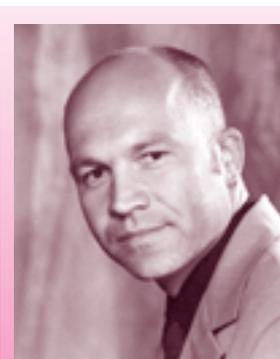


wurde bereits durch die weltweit stattfindenden Sozialforen getätigt, in denen vor allem auch NPOs u. a. auch die Volkshilfe beteiligt sind.

Ein sozialer Staat modernen Antlitz ist gefordert, als Alternative zum derzeit vorherrschenden Neoliberalismus. Ein Sozialstaat für die Menschen und ihre Bedürfnisse.

Literatur:

Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, Raza, Wedl, Angelo, AK Wien, Jänner 04
Das ganz alltägliche Elend, Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus, Katschnig-Fasch, Löcker, Wien 03



DSA Erich Fenninger, von Sept.1988 bis Feb. 1992 Leiter der Abteilung für sozialmedizinische Dienste in der NÖ Volkshilfe. Von März 1992 bis Juni 2003 Geschäftsführer der NÖ Volkshilfe, seit Juni 2003 Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich.

Sonstiges:

Jän. 1992 bis Juni 1996
Vorsitzender der JG NÖ
April 1996 bis 2000
Bundesvorsitzender der JG

www.volkshilfe.at

Controlling & Tagsatzpolitik für Einrichtungen im Sozialbereich

Robert Soratroi

Viele soziale Einrichtungen kämpfen auf Grund der Sparpolitik der Regierung mit den zuständigen Behörden (nicht nur in Österreich) um die Höhe des Tagsatzes. Was vor wenigen Jahren selbstverständlich war - Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu betreuen und dafür ein entsprechendes Honorar (Tagsatz) zu erhalten - wird immer schwieriger. Heute rücken Budgetfragen immer mehr in den Vordergrund, pädagogische Ansprüche und Qualitätsstandards werden vor allem aus dem budgetären Blickwinkel betrachtet: Was kostet die jeweilige soziale Dienstleistung und was ist sie dem Auftraggeber (dem Staat) wert? Für den Prozess der Tagsatzverhandlung sind Controlling Instrumente (wie z.B. Kennzahlen von Einrichtungen) unerlässlich und erleichtern einen fairen Dialog zwischen Auftraggeber (Landesregierung) und Auftragnehmer (Einrichtung).

Klarheit durch klare Kennzahlen

Die entscheidenden Kennzahlen genügen im Normalfall für die Steuerung des laufenden Betriebes einer sozialen Einrichtung und sind für die Behörden Basis für die Tagsatzdiskussion. Eine gemeinsame Analyse dieser Kennzahlen ist für beide Seiten unverzichtbar: Exakte Kennzahlen schaffen Klarheit, Transparenz und Vertrauen und ermöglichen klare nachvollziehbare Entscheidungen für Auftraggeber (Landesregierung) und Auftragnehmer (Einrichtung). Es geht also um einen fairen gemeinsam gestalteten Budgetprozess und nicht um ein Diktieren seitens der Behörde. Leider müssen viele soziale Einrichtungen in einigen

Bundesländern den Tagsatz „nehmen, den sie kriegen“ – das wirtschaftliche Überleben ist damit gefährdet.

Burgenland als Vorreiter und Modell

Im Burgenland hat ein sehr erfolgreicher Prozess der Tagsatzpolitik auf Initiative der IGSWG Burgenland stattgefunden. Die Landesregierung unter der Leitung von Hofrat Dr. Alexander Pongracz, hat mit der IGSWG Burgenland ein Kennzahlenmodell eingesetzt, das als Basis für die Diskussionsdienste und erfolgreich umgesetzt wurde – das Modell schuf Klarheit, Transparenz und Vertrauen! Man einigte sich auf die Anpassung der Tagsätze in drei Schritten und eine Forcierung der Aufnahme burgenländischer Kinder in die burgenländischen Einrichtungen, was ein klares Anliegen der Landesregierung war. (Der Anteil der Kinder in sozialen Einrichtungen aus anderen Bundesländern lag bislang bei ca. 85 Prozent.)

Tagsatzpolitik braucht Controlling

Die jährliche Budgetplanung und Kalkulation ist für die Leitung einer sozialen Einrichtung jedes Mal eine große Herausforderung. Es geht darum, einerseits gegenüber der Landesregierung einen plausiblen und vertretbaren Tagsatz zu verhandeln und andererseits mit dem ausgehandelten Preis auch Qualitätsstandards erfüllen zu können.

Soziale Einrichtungen kämpfen um jeden Euro Tagsatz und müssen mit den Ressourcen sparsam umgehen. Bei der Kalkulation

greifen jedoch nicht viele LeiterInnen auf Experten zurück – und das, obwohl die Kosten für einen Controlling Fachmann im Schnitt nicht mehr als 0,5 % des Jahresbudgets ausmachen (etwa 500,- bis max. 1.000,- Euro). Diese Investition kann auch als „jährliche, wirtschaftliche Supervision“ verstanden werden, parallel zur klassischen Supervision für MitarbeiterInnen im Sozialbereich. Hier wird leider oft am falschen Platz gespart. Denn für den Erfolg einer sozialen Einrichtung ist neben dem Wohlbefinden der MitarbeiterInnen auch das „wirtschaftliche Wohlbefinden“ von existenzieller Bedeutung.

Kostenrechnungswerkstatt schafft Sicherheit und Vertrauen

Als verlässliches Controlling Tool im Sinne wirtschaftlicher Supervision eignet sich die **Kostenrechnungswerkstatt** – eine Kommunikationsplattform, bei der ein Controller die Leitung einer Einrichtung bei der Planung und Kalkulation, sowie Szenarienrechnung und Analyse unterstützt. Wichtig dabei sind gegenseitiges Vertrauen und Verständnis. Der Controlling Fachmann muss tief in die Angebots- und Organisationsstrukturen eintauchen und deren Ziele und Ansprüche, Erwartungen und Stärken kennen lernen. In der Folge ist es Aufgabe des Controllers, betriebswirtschaftliche Knackpunkte sichtbar zu machen und gemeinsam mit der Leitung budgetäre Lösungen zu erarbeiten.

Die drei WEGweiser „Wachstum, Entwicklung und Gewinn (Kostendeckung)“

Jede soziale Einrichtung benötigt

für das Überleben die drei wichtigen Säulen:

Wachstum, Entwicklung und Kostendeckung (Gewinn). Als „Überlebenstrainer“ muss der Controller über ganzheitliches Denken und Handeln im Controlling verfügen, gepaart mit hoher wirtschaftlicher und sozialer Kompetenz. Auch wenn (in Zeiten von Sparpaketen) die wirtschaftliche Seite oft sehr im Vordergrund steht, dürfen andere wichtige Werte nicht verloren gehen. Mit freundlicher Genehmigung von der Controller Akademie AG (D-82131 Gauting)

Wachstum: Wo stehen unsere Angebote? Welche können wachsen, weil vom sozialen Markt (Landesregierung) nachgefragt? Wo gibt es Stagnation und Rückgang? Wo können Marktanteile behauptet oder gesteigert werden? Wo müssen wir einen Rückgang hinnehmen und wo neue Nischen suchen?

Entwicklung: Dafür braucht es zunächst neue Angebote und Kon-

zeptadaptierungen. Zu entwickeln sind auch neue Zielgruppen. Themen der Entwicklung einer Einrichtung sind auch neue Organisations- und Führungsformen (Mitarbeitermotivation und work life balance, Mitarbeiter-, Führungskräfte- und Organisationsentwicklung).

Gewinn (Kostendeckung): Kostendeckend zu arbeiten ist eine Bedingung, ohne die es langfristig nicht geht. Agiert eine soziale Einrichtung über längere Strecken nicht kostendeckend, so führt das zu massiven Budget- und Tag-satzproblemen und im schlimmsten Fall zur Existenzfrage. Aus einem positiv erwirtschafteten Ergebnis kommen Mittel zur Finanzierung von Wachstum und Entwicklung. Ohne entsprechende Kostendeckung kann eine Einrichtung ökonomisch nicht überleben und damit ihren sozialen Anliegen und Verpflichtungen nicht nachkommen!

Für jede soziale Einrichtung gelten daher ähnliche Spielregeln und

Strategien wie in der Wirtschaft. Anders etwas provokant formuliert lautet daher die Devise auch für soziale Einrichtungen und Organisationen:

„WEG finden oder weg (vom Fenster) sein!“



Robert Soratroi
Selbständiger Controlling Berater für den Sozialbereich
www.easyCON.at
office@easycon.at
Tel. 0650/384 1690

CIF – Council of International Fellowship: Intern. Studienprogramme für SozialarbeiterInnen

DSA Gabi Kronberger

Hinter dem Namen CIF „Council of International Fellowship“ verbirgt sich eine unabhängige non-profit Organisation (mit nationalen Vereinen in vielen Ländern), deren Ziel es ist, den internationalen, professionellen Austausch zwischen SozialarbeiterInnen zu fördern. Konkret heißt das, zwischen vier Wochen und mehreren Monaten in einer internationalen Gruppe mit TeilnehmerInnen aus verschiedenen Kontinenten die Sozialarbeit in einem

Land kennen zu lernen, in einem individuellen Programm Projekte und Institutionen zu besuchen, in Einrichtungen zu hospitieren und das Land durch das Leben in Gastfamilien zu erfahren. Durch den intensiven Erfahrungsaustausch mit den anderen TeilnehmerInnen ist es nicht nur ein Land, sondern sind es viele Länder, die Eindrücke und Spuren hinterlassen. Immer war und ist es Ziel von CIF, gegenseitiges Verstehen durch internationalen Aus-

tausch zu fördern.

Zur Geschichte von CIF:

Das erste internationale Austauschprogramm für SozialarbeiterInnen fand nach dem Zweiten Weltkrieg in den Vereinigten Staaten von Amerika statt, als Reaktion auf die durch den Krieg entstandenen großen sozialen Bedürfnisse. Henry B. Ollendorff, ein Flüchtling der Nazi-Unterdrückung, hatte eine Vision, derzufolge

Frieden und Verständnis durch das Zusammenbringen von Praktikern aus dem humanitären Bereich, durch gemeinsame Studien und gegenseitiges Lernen, auch in den Einrichtungen des Gastlandes, gefördert werden könnten. 1956 wurde das Cleveland International Program von Henry B. Ollendorff gegründet, das später unter dem Namen „Council of International Programs“ bekannt wurde.

Ehemalige TeilnehmerInnen am USA-Programm gründeten 1960

das „Council of International Fellowship“ in europäischen Ländern. „CIF Austria“ (CIFA) wurde von österreichischen ProgrammteilnehmerInnen in den 70er Jahren gegründet.

Seit 1989 veranstaltet CIF Austria ein eigenes Studienprogramm. Im Mai 2004 fand in Wien und Umgebung das 15. internationale Austauschprogramm für Berufstätige im sozialen Bereich mit TeilnehmerInnen aus Estland, Lettland, Deutschland, Schweden und Frankreich statt.

CIF Austria
c/o Judith Lamatsch
Bennogasse 8/17, 1080 Wien
Tel/ Fax: 01/ 408 39 98
Email: cifaustria@yahoo.com

Bewerbungen für alle Länder laufen über CIF Austria!

DSA Gabi Kronberger, Sozialarbeiterin seit 1995, hat 1999 an einem sechswöchigen CIF – Austauschprogramm in Schweden teilgenommen. Seit 1999 ehrenamtliche Mitarbeit im Verein CIF Austria.

CIF/ CIPUSA INTERNATIONAL EXCHANGE PROGRAMMES 2005

Country	Length	Dates	Deadline Application	Language	Registr. fee	Support by	No of Particip.
Austria + Czech Rep.	4 weeks + 10 days	13 th May – 19 th June	Dec 1 st	English, German if possible	€ 350 + fee for Czech Rep.	Dom. travel	4 - 6
Baltic states	4 weeks (10 days each in Lith./ Latv. and Est.)	13 th May – 12 th June	Dec 1 st	English	€ 50	-	not fixed yet
Finland	5 weeks	April - June	Dec 1 st	English	No fee	Dom. travel/ Allowance	7 - 8
France	8 weeks	8 th May – 2 nd July	Dec 1 st	French	€ 1600	Dom. travel/ Allowance	12 - 15
Germany	8 weeks	Sept. - Nov.	March 1 st	German	No fee	Allowance	12 - 15
Greece	4 weeks	19 th April - 16 th May	Dec 1 st	English, Greek if possible	€ 400	Dom. travel	6 - 8
India	8 weeks	Nov - Dec	March 1 st	English	\$ 550	Dom. travel	10 - 15
Israel	3 weeks	2 nd May – 23 rd May	Dec 1 st	English	\$ 250	Dom. travel	2
Italy + Slovenia	4 weeks + 1 week	June	Dec 1 st	English, Italian if possible	€ 200 + € 100	Dom. travel	4
Kenya	4 weeks	5 th - 30 th March	Dec 1 st	English	\$ 365	Dom. travel	6 - 8
Netherland	4 weeks	2 nd April – 29 th April	Dec 1 st	English	€ 75	-	4
Norway	4 weeks	April - May	Dec 1 st	English	No fee	Dom. travel	7 - 8
Scotland	6 weeks	30 st April – 11 th June	Dec 1 st	English	No fee	Dom. travel	8
Sweden	6 weeks	1 st April - 16 th May	Dec 1 st	English	No fee	Dom. travel	8 - 12
Tanzania	4 weeks	21 st June – 17 th July	Feb 28 th	English, Swahili	\$ 360	Dom. travel	6 - 8
Turkey	4 weeks	29 th April – 27 th May	Dec 1 st	English	€ 300	Dom. travel	4 - 6
USA (CIP)	1 to 18 months	Anytime	None	English	Variable	Allowance	Open

SozialinfoEuropa.net – ein Netzwerk mit Zukunft

DSA Christine Petioky

Austausch von Gedanken, Ideen und Erfahrungen und Zusammenarbeit in Europa gewinnen für SozialarbeiterInnen, SozialwissenschaftlerInnen und andere im Sozialbereich tätige Personen an Bedeutung.

EU-Programme werden zunehmend zur materiellen und ideellen Grundlage für die Entwicklung und Erprobung von methodischen, berufsübergreifenden Innovationen in der Sozialen Arbeit. Diese Chance sollte nicht nur einigen wenigen AkteurInnen, sondern MitarbeiterInnen, Betroffenen und interessierten Personen auf allen Ebenen und in allen Arbeitsfeldern offen stehen. Die richtigen PartnerInnen zu den richtigen Themen ausfindig machen zu können, ist eines der programmatischen Ziele des derzeit laufenden Projekts *Europäische Sozialdatenbank*.

In diesem Projekt wird daran gearbeitet, lokale und regionale Datenbanken über Sozialeinrichtungen, Dienstleistungen, Initiativen und Projekte – also soziale Ressourcen der Gesellschaft - miteinander unter einem gemeinsamen europäischen Datenbankportal zu verbinden. Das System ist mehrsprachig, bietet sowohl spezielle lokale, als auch europäische Suchbegriffe, ermöglicht die Abfrage über Leitthemen und führt zu den Homepages aller Sozialeinrichtungen der beteiligten Städte und Regionen.

Zur Zeit arbeiten Stadtverwaltungen, Firmen und NGOs aus Berlin, Bologna, Huelva, Lissabon und Wien an diesem europäischen Netzwerk. Weitere PartnerInnen sind willkommen. Das EU-Projekt wird Ende September 2004 abgeschlossen sein, das europaweite Datenbanknetz soll jedoch auch in Zukunft laufend erweitert werden. Die Datenbank wird in Kürze unter der Adresse www.SozialinfoEuropa.net bzw. www.socialinfoEurope.net erreichbar sein.

In einer Periode wachsender Aufgaben im Gesundheits- und Sozialbereich bei gleich bleibenden Sozialbudgets liegt in den Sozialdatenbanken ein beträchtliches Potenzial, Qualität und Effektivität Sozialer Arbeit aufrecht zu erhalten: geordnete und nach Sachgebieten gebündelte Information bildet für Be-

nützerInnen (SozialarbeiterInnen, ForscherInnen, KlientInnen...) Wegweiser durch die oft unübersichtliche Institutionenlandschaft und ermöglicht die Herstellung von Zusammenhängen und Querverbindungen über die Grenzen von Organisationen und Zuständigkeiten hinweg.

Die Datenbank bietet auch die elektronische Basis, zu Sachgebieten wie z.B. ‚Alter‘, ‚Behinderung‘ oder ‚Pflegebedarf‘ etc. laufend aktualisierte Zusammenstellungen herunterzuladen.

Alle interessierten Personen können sich selbst einen Überblick über Angebote verschaffen, verfügen jederzeit über die Kontaktdaten der Einrichtungen und können über das Internet weiteres Informationsmaterial anfordern bzw. in Kontakt mit der Einrichtung treten: eine Gelegenheit für Hilfe Suchende, ihre Eigenkompetenz zu stärken.

Reisen Menschen mit besonderem Bedarf in ein anderes europäisches Land, werden sie sich schon zu Hause in der von ihnen gewählten Sprache über dort verfügbare Angebote im Sozialbereich informieren können.

Selbstverständlich kann eine Datenbank kein Ersatz für Beratung sein. Eine nützliche und wesentliche Unterstützung der Beratung ist sie jedenfalls, wie die lokalen Vorläufermodelle Sozialinfo.wien.at mit 5500 - 6000 Zugriffen pro Tag oder die Berliner Datenbank laufend unter Beweis stellen.

Die EU hat das Ziel formuliert, den Zugang aller, auch benachteiligter, Gruppen zur Informationsgesellschaft, insbesondere zum Internet, sicherzustellen. „Zugang“ ist sowohl eine Frage der technischen Voraussetzungen als auch des Inhalts. Mit der Europäischen Sozialdatenbank wird der Zugang zu relevanten Inhalten und Informationen zur Lösung sozialer Probleme erleichtert. Klarheit, Aktualität und Qualität der Datenaufbereitung sind dabei von zentraler Bedeutung.

Bei der Gestaltung der Suchfunktionen wurde auf BenutzerInnenfreundlichkeit, etwa für Menschen mit Behinderungen, besonderer Wert gelegt.

Europäische Zusammenarbeit im Sozialbereich vollzieht sich zur Zeit vor allem über die Entwicklung gemeinsamer Qualitätsstandards als Empfehlungen und den Vergleich von „good practices“. Sollen diese Prozesse wirklich praxisorientiert gestaltet werden, wäre es wichtig, so viele PraktikerInnen und KlientInnen wie möglich einzubeziehen. SozialinfoEuropa.net wird es Sozialeinrichtungen, Politik und Verwaltung ermöglichen, auf allen Ebenen ExpertInnen ausfindig zu machen und grenzüberschreitend miteinander in Kontakt zu treten.

Ein weiteres europäisches Ziel ist die Förderung von Chancengleichheit für alle, unter Beachtung der Vielfalt.

Die breite, detaillierte und umfassende Darstellung von Sozialleistungen im Internet sollte auch zur Chancengleichheit durch bessere Information beitragen.

In Europa wird zur Zeit über den Stellenwert von Leistungen der Daseinsvorsorge für den Aufbau der sozialen Zusammenhalts der Gesellschaften diskutiert. Soziale Dienstleistungen sind Teil der Daseinsvorsorge. Sie sind somit Gegenstand gesellschaftlicher Verantwortung, ob sie nun von privaten oder von öffentlichen Organisationen erbracht werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit diesen Leistungen zu fairen finanziellen Bedingungen muss Priorität bleiben.

Die Europäische Sozialdatenbank bietet Sozialen Einrichtungen eine Plattform über Grenzen und Sprachen hinweg.

Ihre Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben sollte dadurch im öffentlichen Bewusstsein gestärkt werden.





Michaela Huber:

Trauma und die Folgen

*Trauma und
Traumabehandlung
Teil 1*

2003, Junfermann Verlag Paderborn,
279 Seiten, Euro 22,50

Etwa ein Drittel aller Menschen gerät irgendwann im Leben in ein Trauma: Eine Situation, in der man sich vom Tode bedroht fühlt, nicht davor fliehen und nicht dagegen ankämpfen kann, etwas erleben zu müssen, das „einfach zuviel“ ist. Was machen unser Gehirn und unsere Seele in einer solchen Situation? Einfach gesagt: Sie gehen in einen kurzfristigen Schockzustand (Freeze genannt) und splintern das Unerträgliche des Geschehens und der dadurch ausgelösten inneren Reaktionen auf – dies nennt man Dissoziation. Was das ist, wie sich das anfühlt und welche Auswirkungen es hat, beschreibt Michaela Huber in diesem Buch, das für Betroffene ebenso als Lektüre geeignet ist wie für Fachleute.

Schwerpunkt des Buches sind die Folgen von Langzeittraumatisierungen, die in der Kindheit begonnen haben und meist körperliche, emotionale und sexuelle Gewalt umfassen – sie können komplexe Folgen haben: Schwierigkeiten im Umgang mit den eigenen Gefühlen und Impulsen, Unsicherheit bezüglich der eigenen Identität oder sogar Identitätsspaltungen, und Persönlichkeitsstörungen (...). Ergänzt wird der Band durch die Vorstellung bewährter Diagnose-Instrumente und umfangreicher Hinweise auf die internationale Fachliteratur zum Thema. (Verlag).

In der Sozialarbeit hat man häufig mit traumatisierten Menschen zu tun – egal in welchem Tätigkeitsfeld. Kenntnisse über das Entstehen und die Folgen von Traumen sind unerlässlich, um Fehleinschätzungen und „Kunstfehler“ in der Arbeit mit KlientInnen zu vermeiden. Die Ausführungen der sehr engagierten Autorin (Psychotherapeutin, Ausbilderin in der Traumabehandlung) sind sehr übersichtlich, leicht zu lesen, eingängig und leicht nachzuvollziehen.



Gerda Mehta (Hrsg.):

Die Praxis der Psychologie

Ein Karriereplaner

2004, Springer-Verlag Wien, 557 Seiten
gebunden, Euro 39,80

Dieses Buch bietet eine verlässliche Orientierung auf dem weitverzweigten Gebiet der psychologischen Anwendungsfelder. Insgesamt werden etwa 50 traditionelle wie auch neuere Berufsfelder vorgestellt. Wie vielfältig die Tätigkeitsfelder der

PsychologInnen in der Praxis sind, und wie interessant das Berufsbild der PsychologInnen ist, wie hilfreich, professionell und sorgsam PsychologInnen arbeiten, ohne dabei den Blick für das Machbare, das Menschliche und das Zwischenmenschliche zu verlieren, das zeigt die Lektüre dieses Werkes.

Es vermittelt somit fachlich fundiert eine breite Wissensbasis für StudentInnen, PsychologInnen und alle, die sich näher mit der Arbeit von PsychologInnen beschäftigen wollen. (Verlag) Das Buch entstand zum Anlass des 50jährigen Bestandes des Berufsverbands Österreichischer Psychologinnen und Psychologen (BÖP). Auch für mich als Sozialarbeiterin, die in der täglichen Arbeit häufig mit PsychologInnen zusammenarbeitet, war das Buch sehr interessant zu lesen. Von verschiedenen AutorInnen wird über die Geschichte bzw. Entwicklung des Berufsstandes berichtet, über den aktuellen Stand zur Ausbildung, so wie auch über diverse Problemstellungen, mit denen PsychologInnen konfrontiert sind. Sehr interessant ist die Darstellung des steinigen Weges zum Psychologen-Gesetz und welche Auswirkungen dieses Gesetz auf das Berufsleben hat. Den inhaltlich größten Teil des Buches nimmt die Beschreibung der Berufsfelder von PsychologInnen ein: jeweils unter dem Aspekt der Entwicklung des Berufsfeldes, von aktuellen Trends, Inhalten, Aufgabenstellungen, Methoden, Praxis und Forschung.

Auch für den Berufsstand der SozialarbeiterInnen wäre es sehr wichtig, wenn in Zukunft ein vergleichbares Werk über die „Praxis der Sozialarbeit in Österreich“ interessierten Menschen zur Verfügung stehen würde.



Integration: Österreich (Hrsg.):

WEISSBUCH

ungehindert behindert

Wien, 2004, 80 Seiten

Im Weißbuch "ungehindert behindert" erörtern betroffene Mütter und Väter sowie ExpertInnen mit und ohne Behinderung den aktuellen Stand der Integration von behinderten Menschen in Österreich.

Der erste Teil des Weißbuchs beleuchtet auf parallel verlaufenden Zeitlinien Meilensteine der Integration aus den Jahren 1993 bis 2003. Für den zweiten Teil haben ExpertInnen aus ganz Österreich Beiträge zu 15 ausgewählten Fragestellungen verfasst, die aus unterschiedlichen Perspektiven kommentiert und ergänzt wurden. Neben einem Schwerpunkt zum Bereich Bildung stehen Pränataldiagnostik, Familienberatungsstellen für Integration, Persönliche Assistenz, Therapie, Berufliche Integration, Integratives Wohnen, Disability Studies, die Situation betroffener Eltern sowie die Entwicklung von Elterninitiativen zur Diskussion. (Verlag)

Gegen einen Unkostenbeitrag von € 7,- ist das Buch bei „Integration:Österreich“ zu beziehen: Tannhäuserplatz 1/2 1150 Wien; Homepage:www.ioe.at – Tel.: +43 (0)1/789 17 47, Fax: +43 (0)1/789 17 46, E-Mail: info@ioe.at

Hinweise

Matthias Weber, Hans-Werner Eggemann-Dann und Herbert Schilling (Hrsg.):

Beratung bei Konflikten

Wirksame Interventionen in Familie und Jugendhilfe
Eine Veröffentlichung der Bundeskonferenz für
Erziehungsberatung e.V.
2003, Juventa Verlag Weinheim, 244 Seiten, Euro 19,50

Brigitte Loderbauer:

Kinder- und Jugendrecht

2004, LexisNexis ARD Orac, Wien, 3.Auflage, Stand
05.04.2004, 252 Seiten, Euro 44,00

Die umfassende, durch Beispiele aus Praxis und Judikatur
angereicherte Darstellung (nahezu) aller für den Alltag
bedeutsamer Rechtsgebiete bietet sowohl JuristInnen als auch
NichtjuristInnen Rat und Hilfe bei der Lösung anstehender
Fragen.

Ulrike Aichhorn:

Das Recht der Lebenspartnerschaften, Ehe und Lebensgemeinschaft

2003, SpringerRecht Verlag Wien, gebunden, 482 Seiten, Euro
85,00

Umfassendes Handbuch mit vielen Beispielen

Elke Schlösser:

Zusammenarbeit mit Eltern – interkulturell

Informationen und Methoden zur Kooperation mit deutschen
und zugewanderten Eltern in Kindergarten, Grundschule und
Familienbildung

Autorin ist Dipl.Sozialarbeiterin und gibt Fortbildungen für
ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen
2004, Ökotopia Verlag Münster, 160 Seiten, Euro 17,90

Siegfried Heppner, Angela Schmidt:

Ansätze, Ziele und Konzepte kommunaler Jugendbildungsarbeit

Chronologie interessanter Projekte des Jugendbildungswerks
Marburg-Biedenkopf
2004, Triga Verlag Gelnhausen, 148 Seiten, Euro 12,80

Verein zur Förderung der Sozialen Arbeit als akademische
Disziplin/EeSAD (Hrsg.)

Symposium Soziale Arbeit – Soziale Arbeit und Migration

2003, Edition Soziothek Bern, 204 Seiten, Euro 17,80
Welche handlungstheoretischen Konzepte und praktische
Handlungsansätze gibt es - und werden diese Konzepte der
Situation von MigrantInnen gerecht?

Richard Sorg (Hrsg.):

Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft

Bd. 18, 2003, 248 Seiten, 17,90 EUR, br., ISBN 3-8258-6587-8
LIT Verlag Münster; Reihe: Sozialpädagogik/Sozialarbeit im
Sozialstaat

Stephan Sting, Cornelia Blum:

Soziale Arbeit in der Suchtprävention

Band 2 der Reihe Soziale Arbeit im Gesundheitswesen
2003, Reinhardt Verlag München, 167 Seiten, Euro 14,90

Klaus Ottomeyer:

Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen

Soziales Verhalten im Kapitalismus
2003, LIT Verlag, 240 Seiten, Euro 18,90

Willem Kleine Schaars (Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
als Hrsg.)

Durch Gleichberechtigung zur Selbstbestimmung

Menschen mit Behinderung im Alltag unterstützen
2003, 1.Aufl., Bundesvereinigung Lebenshilfe in Kooperation
mit dem Beltz Verlag Weinheim, Marburg, 152 Seiten, Euro
17,90

Christian Fuchshuber:

Mediation im Zivilrecht

2004, LexisNexis ARD Orac, Wien, Stand 03.02.2004, 80 Seiten,
Euro 18,00

Luise Hartwig, Gregor Hensen

Sexueller Missbrauch und Jugendhilfe

Möglichkeiten und Grenzen sozialpädagogischen Handelns
im Kinderschutz
2003, Juventa Verlag, 168 Seiten, Euro 13,00

Heini Irene, Niederberger Evelyne:

Das Kind im elterlichen Trennungsprozess

Seine Bedürfnisse und mögliche Maßnahmen
2004, Edition Soziothek Bern, 88 Seiten, Euro 18,50

Hans-Jürgen Göppner, Jua Hämäläinen:

Die Debatte um Sozialarbeitswissenschaft

Auf der Suche nach Elementen für eine Programmatik
2004, Lambertus Verlag, 340 Seiten, Euro 22,00
„Mit den wissenschaftlichen Grundlagen Sozialer Arbeit
beschäftigt sich das Buch ‚Die Debatte um
Sozialarbeitswissenschaft‘, das Hans-Jürgen Göppner,
Professor an der Fakultät für Soziale Arbeit der Katholischen
Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU), jetzt veröffentlicht hat.
Das Buch ist zusammen mit Professor Juha Hämäläinen ent-
standen, der Lehrstuhlinhaber für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik an der finnischen Universität Kuopio ist. Die
Publikation ist Ergebnis einer intensiven
Forschungskooperation in den Jahren 1999 bis 2003.

Karl-Heinz Eser, Ulrich Hummel:

Klinische Psychologie des Kindes- und Jugendalters

Eine Einführung für soziale, pädagogische und sozialadminis-
trative Berufe
2003, Lambertus Verlag Freiburg, 444 Seiten, Euro 27,00

Ria Puhl:

Klappern gehört zum Handwerk

Funktion und Perspektive von Öffentlichkeitsarbeit in der
Sozialen Arbeit

2003, Juventa Verlag, Reihe: Materialien, Weinheim, 232
Seiten, Euro 19,50

„Soziale Arbeit als Funktionssystem findet in der Öffentlich-
keit keine ihrer gesellschaftlichen Bedeutung angemessene
Abbildung. Es fehlen weitgehend das Verständnis, die
Instrumente und die Kompetenzen für eine Umsetzung von
öffentlichkeitswirksamer Kommunikation mit gesellschaft-
licher Reichweite. Deshalb braucht Soziale Arbeit ein eigenes
Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit.“ (Verlag)

Bundesweiter Sozialhilfe-Richtsatz von 653,- Euro?

DSA Rudi Rögner

Der Salzburger Univ.-Prof. Walter Pfeil präsentierte am 15. Juli bei der Tagung „Sozialhilfe braucht Hilfe“ seine Vorschläge. Die Veranstaltung wurde von ida. (integration durch arbeit, EU-Projekt) für SozialarbeiterInnen und Interessierte organisiert. Pfeils Entwurf für eine bundesweite Regelung der Sozialhilfe wurde im Auftrag des Sozialministeriums erarbeitet und bereits im März bei einer Enquete vorgestellt, damals erreichte er bereits mediale Aufmerksamkeit.

Pfeil schlägt anstatt eines Bundessozialhilfegesetzes einen Vertrag zwischen den Bundesländern und dem Bund vor („15a-Vereinbarung“), da diese eher zu realisieren sei. Einige Eckpunkte seines Entwurfs:

Einführung von Mindeststandards bei der Leistungshöhe in den Gesetzen der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung und der Sozialhilfe bzw. mittels eines eigenen Mindestsicherungsgesetzes. Diese Leistung soll für alle nicht erwerbsfähigen Menschen in der Höhe des

Ausgleichszulagenrichtsatzes von 653,- € liegen. Für arbeitsfähige Menschen könnte der Richtsatz wegen des niedrigen Lohnniveaus in manchen Branchen darunter liegen.

„One-desk-Prinzip“ durch eine Aufteilung der Leistungsbeziehenden: Erwerbsfähige Menschen werden vom AMS betreut, nicht erwerbsfähige vom Sozialamt und die Menschen im gesetzlichen Pensionsalter von der Pensionsversicherungsanstalt, Beziehenden einer Leistung der Krankenkasse vom Krankenversicherungsträger.

Verbesserung der rechtlichen Position der Antragsteller.

Keine grundsätzliche Rückzahlungspflicht der Sozialhilfeleistung durch die EmpfängerInnen selber.

Derzeit, berichtet Pfeil, besteht in den Ländern ein grundsätzliches Interesse an einer Weiterentwicklung der Sozialhilfe. Bis Herbst sollte von Seiten des Ministeriums geklärt sein, ob an einer Integration der Notstandshilfe in die Sozialhilfe festgehalten wird bzw.

wie der Ausbau der Sozialhilfe im Finanzausgleich berücksichtigt werden kann.

Für Richtsatzfestsetzung bei 653,- € habe er in der ministeriellen Arbeitsgruppe und bei den LandessozialreferentInnen wenig Zustimmung erhalten. Verbesserungen der Rechtssicherheit, stärkere Pauschalierung der Leistung, Zurückdrängung der Rückersatzpflicht sind allerdings Maßnahmen, welche auf einen breiteren Konsens gestoßen seien. Die Umsetzung dieser Ideen könnte in absehbarer Zeit durchgeführt werden.



HABEN SIE SCHON IHREN MASTER? Universitäre Master & Diplomlehrgänge



»Universitäre Masterlehrgänge«

1 MASTERLEHRGANG Mediation und Konfliktreglung

Konfliktmanagement für nachhaltige Lösungen in Streitfällen.

Abschluss nach ZivMediatGesetz und »Master of ARTS«

Dauer: 3/4 Semester

2 MASTERLEHRGANG Supervision, Coaching und OE

Ausbildung in Beratung von Personen und sozialen Systemen.

Abschluss mit ÖVS-Zertifizierung und »Master of Science«

Dauer: 5/6 Semester

»Diplomlehrgänge«

3 LEHRGANG Lebens- und Sozialberatung

Qualifikation für ganzheitliche psychosoziale und Gesundheitsberatung.

Abschluss als »Diplomierte/r Lebens- und SozialberaterIn«

Dauer: 6 Semester

4 LEHRGANG Eventmanagement

Qualifikation für Eventmarketing und professionelle Veranstaltungskultur.

Abschluss mit »Eventmanagementdiplom«

Dauer: 3 Semester

CURRICULUM & INFOTERMINE AUF ANFRAGE:

ARGE Bildungsmanagement Wien • Friedstr. 23, A-1210 Wien • Tel.: +43-1/263 23 12-0, Fax: -20 • www.bildungsmanagement.at • office@bildungsmanagement.at
Lehrgänge in Wien • Graz • Klagenfurt • Leoben • Linz • Oberwart • Innsbruck • Brixen/Südtirol

look.social@fh – Die FH St. Pölten aus studentischer Sicht

Am Anfang ist die Baustelle,...

Wann beginnt die FH? Wird es überhaupt eine? Diese Fragen beschäftigen uns Studierende im Oktober 2001, als noch ungewiss ist, was mit uns passieren soll.

Wir starten dennoch nach bangem Zittern und zweimaligem Verschieben des Termins für die Inskription. Der Studien“gang“ entpuppt sich tatsächlich als Gang mit vier Räumen, in dem sich im ersten Studienjahr das studentische Leben abspielt.

Die Kopfschmerzen entstammen meist nicht der Herausforderung des neuen Wissens, sondern dem Baulärm, der uns allgegenwärtig durch den Studienalltag begleitet. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier: Schnell vertraut mit den ungewöhnlichen Bedingungen finden wir uns rasch mit der zugeschriebenen Rolle zurecht. Wir sind die ersten Studierenden; mit uns soll der FH-Studiengang¹ Sozialarbeit dazulernen.

...wir sind Pioniere...

Nicht nur das Gebäude, sondern auch die Ideen und Vorstellungen gedeihen und wachsen zu einem Studiengang, der Vergleiche mit den Studiengängen an der FH², anderen FHs oder der Sozak nicht zu scheuen braucht. Gemeinsam beschreiten Studierende und Lehrende den neuen Weg, an dessen Ende der Mag.(FH)-Titel steht. Ein neues Gebäude. Ein neuer Titel. Auch neue Inhalte? Der FHS ist kein Etikettenschwindel. Um ein international vergleichbares Studium zu gewährleisten, wird das Curriculum modifiziert und um entscheidende Komponenten erweitert: Ergänzungen durch die

Hinzunahme von verpflichtender Fremdsprache, Theorie und Praxis in wissenschaftlicher Arbeit wie Forschung und etwa auch Unterricht in Betriebswirtschaftslehre runden den ersten Abschnitt des Studiums ab. Nach dem Langzeitpraktikum (4. Semester) startet im zweiten Abschnitt das Projektstudium, Spezifikum des FHS St. Pölten. Nun können die Studierenden nach dem generalistischen Grundstudium aus den eingereichten Projekten eines wählen und in den kommenden vier Semestern zwischen insgesamt 27 Handlungsfächern entscheiden, von denen mindestens neun belegt werden müssen.

... und nun keine ExotInnen mehr ...

Indem wir uns unserer Stärken durch Lehre und Praxis bewusst werden, bilden wir unsere eigene Identität aus. Es gilt nicht das „Rad der Sozialarbeit“ neu zu erfinden, sondern vielmehr unsere tägliche Arbeit im Vergleich zu den technischen und wirtschaftlichen Studiengängen der FH St. Pölten darzustellen. Aber nicht nur Unterschiede tun sich auf, sondern auch neue Perspektiven und Chancen zur interdisziplinären Kooperation innerhalb der FH. Gerade dieses Potenzial kann und wird noch mehr genutzt werden.

... sondern offen und kommunikativ.

Das breite Spektrum in der Ausbildung garantiert uns Studierenden die Möglichkeit, in verschiedenen Bereichen tätig werden zu können. Neben den wichtigen Berufsfeldern mit langer Tradition legt die FH St. Pölten auch den Schwerpunkt auf neue Handlungsfelder wie Managing Diversity, biopsychosoziale Gesundheitsförderung und social.coaching.

Dies wollen wir Ihnen im Sinne einer transparenten Kommunikation veranschaulichen. Aus dieser Intention heraus zeichnen sich die AutorInnen dieses Beitrags hauptverantwortlich für das Projekt social.marketing@fh. Im Zuge dessen bemühen wir uns, ein umfassendes Bild des Studiengangs Sozialarbeit der FH St. Pölten zu zeichnen. Mit dem 28. Oktober 2004 werden wir unter dem Titel meet.social@fh einen Informationstag als Forum inszenieren, der Möglichkeiten zum Austausch bietet. Man sieht sich ja dann in St. Pölten!

AutorInnen: (v.l.n.r.)

Peter Helmut Boden, Ralf Eric Kluschatzka, Doris Lindner, Martina Meusburger, Sigrid Wieland

¹ = FHS

² an der FH St. Pölten gibt es neben Sozialarbeit noch die Studiengänge Telekommunikation/Medien, Medientechnik und SimCom (simulationsgestützte Nachrichtentechnik)



DVR 0492337

>>>ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG<<<

BUTA 2004 in Salzburg

5020 Salzburg, Elisabethstr. 45a
Tel.: 0662/45 42 65 / Fax: DW-13
E-Mail: office@brunauerzentrum.at

www.sozial-wirtschaft.at

Das Online-Portal für soziale Unternehmen

- Sozialpolitische Datenbank
- Performance & Quality Compass
- Organisationen schaffen und vernetzen
- Treffpunkt Weiterbildung
- Terminplattform

www.sozial-wirtschaft.at